

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Freitag,
27. Juni 1879.
Inserate
sind an die Expedition in
Leipzig zu senden.
Insertionsgebühr
für die Spaltenzeile 20 Pf.
unter Eingeschluß 30 Pf.

Mit dem 1. Juli beginnt ein neues Abonnement auf die Deutsche Allgemeine Zeitung. Alle auswärtigen Abonnenten (die bisherigen wie neuintretende) werden ersucht, ihre Bestellungen auf das nächste Vierteljahr baldigst bei den betreffenden Postkantoren aufzugeben, damit keine Verzögerung in der Versendung stattfinde. Der Abonnementsspreis beträgt vierzehntäglich 7 M. 50 Pf.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung sucht ein treues Bild der Zeitgeschichte zu liefern und den täglich in reicher Fülle zuströmenden Stoff ihren Lesern in möglichster Ausführlichkeit und doch in gesichteter Auswahl darzubieten. Sie nimmt in dieser Beziehung eine Mittelstellung zwischen den noch umfangreicheren Zeitungen und den Provinzial- oder Localblättern ein, und glaubt damit den Wünschen eines großen Theils der Zeitungsleser nachkommen.

Die politische Richtung der Deutschen Allgemeinen Zeitung wird nach wie vor dieselbe sein: sie ist ein entschieden freisinniges, nach allen Seiten unabhängiges Blatt, das seine Überzeugung offen und eindhaltslos vertheidigt, aber auch den Gegnern Gerechtigkeit widersahre lässt.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung erscheint nachmittags 4 Uhr, resp. (mit telegraphischen Börsenberichten) 5½ Uhr. Nach auswärts wird sie mit den nächsten nach Erscheinen jeder Nummer abgehenden Posten verhandelt.

Inserate finden durch die Deutsche Allgemeine Zeitung, welche zu diesem Zwecke von den weitesten Kreisen und namentlich von den größten industriellen Instituten regelmäßig benutzt wird, die allgemeinste und zweitmäßige Verbreitung; die Insertionsgebühr beträgt für den Raum einer viermal gespaltenen Seite unter „Ankündigungen“ 20 Pf., einer dreimal gespaltenen unter „Eingesandt“ 30 Pf.

Telegraphische Depeschen.

* **Cms.**, 25. Juni. Se. Maj. der Kaiser hat gestern Mittag eine Promenade zu Fuß unternommen und später eine Spazierfahrt gemacht. Den Brunnen trank allerhöchstbefehl heut im Zimmer. Prinz Alexander von Hessen und Scha waren um 12 Uhr von dem Kaiser empfangen worden und um 4 Uhr an dem Diner teilnehmen.

* **Berlin**, 24. Juni. Es ist hier aufgefallen, daß das Bureau Reuter bereits Nachrichten über die Verhandlungen der von der londner Telegraphenkonferenz eingezogenen Tarifcommission verbreitet, bevor die letztere ihren Bericht an das Plenum erstattet hat.

* **Arol.**, 25. Juni. Das Uebungsge schwader hat heute den Kieler Hafen verlassen. Dasselbe wird Sagn, Stolpmünde, Memel und am 3. Juli Neufahrwasser besuchen.

* **Stuttgart**, 25. Juni nachmittags. Der Staats-Anzeiger für Württemberg enthält einen Aufruf zur Bewerbung um Dienststellen bei der Justiz sowie eine offizielle Note, worin hervorgehoben wird, daß trotz der durch die damalige Session des Reichstages veranlaßten Nachverhandlung des Haftungsabschlusses zum Justizrat der vorgedachte Aufruf im Hinblick auf die Dringlichkeit des Bedürfnisses der Justizverwaltung sowie im Interesse der Justizbeamten democh habe erlassen werden müssen, damit die Besetzung der fünfzig Gerichte keinen Aufschub erleide. In einem weiteren Artikel tritt der Staats-Anzeiger einem Artikel des Schwäbischen Merkur entgegen, in welchem wegen der angeblich allzu geringen Erhöhung der Besoldung der Richterbeamten ein Eingreifen der Reichsgewalt herbeigesehnt wird. Es wird diese der Regierung und den Ständen gegenüber unziemliche Sprache getadelt und darauf hingewiesen, daß im Schoße des Staatsministeriums über die Frage die vollste Übereinstimmung geherrscht habe. Es kann vorausgesetzt werden, daß eine derartige Denkweise nur bei einer kleinen Mehrheit der württembergischen Richter vorhanden sei.

Leipziger Stadttheater.

B.-Sch. Leipzig, 24. Juni. Unter den Erzählungen Heig Reuter's ist „Kein Hübung“ die einzige, in der der Dichter einen eigentlich tragischen Stoff zu behandeln unternimmt. Reuter selbst hat dieser Dichtung einen großen Werth beigelegt. In einem seiner Briefe sagt er: „Ich habe dieses Buch einmal mit meinem Herzblut im Interesse der leidenden Menschheit geschrieben; ich halte es für mein bestes.“ Der Ausdruck „Buch“ ist hier wol nicht ganz wörtlich zu nehmen; denn die kleine metrische Erzählung umfaßt in der neuen Ausgabe der Werke Reuter's (Bd. 2) nur 197 Seiten. Aber sie gewöhnt in der That, wenn man sich erst an das plattdeutsche Metrum gewöhnt hat, den Eindruck einer ergreifenden Dichtung, reich an vielen poetischen Schönheiten. Die mannichfältigen Natur- und Stimmungsbilder sind oft von einer Intensität der Farbe und Glut der Empfindung, die den echten Realisten Reuter kennzeichnen. Vieles, wie der Brand des Müllerhauses, das Fest im Schlosse, ist außerordentlich lebendig geschildert. Der erlösende Tod, den die wahnunstige Maria in den Wellen findet, hat etwas sehr Rührendes. Nirgends hat Reuter so starke lyrische Wirkungen erzielt wie in „Kein Hübung“. So gehört z. B. das Liebesduett im zehnten Gesange: „Min säutes Lewen, du bist mi gewen“ oder die Schilderung der Nacht im fünften Gesange: „Uln rings umher, Liggt swart un swer De düst're Nacht, Uln flüstert sacht, Uln säfft dörch' Ruh“, gewiß zu dem Schönsten, was die neuere plattdeutsche Lyrik hervorgebracht.

Der Entwurf enthalte eine erledigte Verbesserung der ökonomischen Lage der Richter; die Regierung habe Angehörige einzelner Departements nicht ungewöhnlich vor den übrigen bevorzugt können.

* **Baden-Baden**, 25. Juni. Der russische Botschafter in Paris Fürst Orlow ist heute früh hier eingetroffen und im Hotel Europa abgestiegen, woselbst auch der Reichskanzler Fürst Gortschakow wohnt.

* **Wien**, 25. Juni. In dem 10. niederösterreichischen Landtagswahlbezirk wurde ein Conservativer gewählt. Bei den gestrigen 22 Wahlen haben die Conservativen sonach je einen Sitzen in Niederösterreich, Oberösterreich und Krain gewonnen.

* **Salzburg**, 25. Juni. Die hiesigen Landgemeinden wählten zwei conservative Reichsrathsgesandte.

* **Prag**, 24. Juni. Die beiden Parteien des böhmischen Großgrundbesitzes haben ein Compromiss vereinbart, wonach den Conservativen zehn Reichstagsmandate überlassen werden.

* **Venosa**, 25. Juni. Gestern fand die feierliche Einweihung des Weinhauses von Gustoza in Anwesenheit des Prinzen Amadeus, von Deputirten des Parlaments und der Armee, sowie der Vertreter Österreich-Ungarns, des Feldmarschallkönigments Grafen Thun und des Obersten Kipp, statt. Nach der Einsegnung der Kapelle ergriff namens der Deputirtenkammer der Deputirte Villa das Wort: Die Schlacht bei Gustoza bilde den Abschluß hundertjähriger Kämpfe; nunmehr sei den ehemaligen Feinden die Aufgabe zu gefallen, sich zu dem gemeinsamen Kampfe für die Civilisation, die Wissenschaft und die Freiheit zu vereinigen; die Erinnerung an das gemeinsame Grab in Gustoza werde genügen, etwa aufsteigende Wolken zu zerstreuen. Auf den darauf vom General Pianelli an die österreichisch-ungarische Armee gerichteten Gruss erwiderte der Vertreter Österreichs, Graf Thun, mit dem Dank derselben und sagte, die gemeinsame Bestattung der Gebeine der Tapfern von beiden Armeen sei ein Beweis der zwischen den beiden Völkern und Regierungen bestehenden Freundschaft.

Das „Tragische“ steht nun in dem kleinen Epos auf etwas schwachen Füßen. Wir begreifen wol die Lage Johann's, des Helden der Erzählung, und auch den von ihm begangenen Mord. Es ist der verzweifelte Hassschrei, aber auch ein Act der Rache eines zum Tode gepeinigten Sklaven, die Selbsthilfe dessen, dem seine Menschenrechte geraubt sind. Johann's That ist freilich, juristisch genommen, nicht überlegter Mord, sondern nur Todesschlag, begangen in einem Moment der Verzweiflung. Aber was wir nicht begreifen, ist das Verhalten Mariens. Ist ihre Liebe, wie sie bezeichnet hat, echt, so mußte sie mit dem Geliebten fliehen. Seine eifersüchtige und überdies erklärende Verdächtigung kann sie nicht so tief beleidigen, daß sie ihn in einem solchen Augenblicke verläßt. Die Schuld des Geliebten darf ihr nicht so ungeheuer erscheinen, daß sie sich in dem entscheidendsten Moment von ihm abwendet. Hierdurch aber verliert ihr späterer Tod den eigentlichen Charakter des Tragischen. Die Dichtung ist mit jenem glühenden politischen Hass gegen das heimatische hochmuthige Junkerthum und seine vertotteten Einrichtungen geschrieben, den man dem behaglichen Humor Reuter's gar nicht zugetraut hätte und aus dem freilich der ehemalige Revolutionär deutlich genug spricht.

Man wird aber den Dichter nicht der Übertreibung in der Schilderung der Leiden mecklenburgischer Sklaven beschuldigen, wenn man diese Dinge aus den publicistischen Darstellungen von Moritz und Julius Wiggers kennt.

Das Gastspiel des Hrn. August Junckermann vom Hoftheater zu Stuttgart, dem wir schon früher die

* **Paris**, 25. Juni. Das Journal Pays meldet, Rouher werde zunächst noch in Chislehurst verbleiben, da sich das Befinden der Kaiserin Eugenie verschlechtert habe.

* **London**, 25. Juni. Dem Diner, welches zu Ehren des Erbgroßherzogs von Baden am Montag beim deutschen Botschafter Grafen Münster stattfand, wohnten auch der russische Botschafter Graf Schwalow und der englische Botschafter in Peterburg, Lord Dufferin, bei. Lord Salisbury hatte gestern mit den Botschaftern Graf Schwalow, Graf Menabrea und Muzarus-Pascha eine längere Unterredung.

* **Petersburg**, 25. Juni. Wie aus Kiew gemeldet wird, begannen am 20. Juni vor dem dortigen Strafgericht die öffentlichen Verhandlungen gegen 48 Angeklagte, welche der Organisation und Zugehörigkeit zu der gesetzwidrigen geheimen Gesellschaft, welche im Jahre 1877 unter den Bauern des tschigirinschen Bezirks entstand, angeklagt werden. Unter den Angeklagten befindet sich 43 Bauern, 1 Wehrlicher, 1 abgedankter Soldat, 1 Warrersohn, 1 Soldat und 1 Militärschreiber. Die Verhandlungen finden unter dem Vorsteher des kiewischen Strafgerichtspräsidenten Schabotow statt; die Angeklagten werden durch drei vereidete Advocaten vertheidigt. — Wie hier vorliegende russische Blätter melden, würde die gesamte moskau medanisch-grusische Bevölkerung Ober- und Niederadschariens nach Armenien auswandern, die Zahl der zur Auswanderung entschlossenen werde 60000 Familien und darüber betragen, in den Bilajets von Erzerum, Van und Diarbey wären denselben Grundstücks angewiesen werden. Mehrere Familien hätten bereits ihre Heimat verlassen.

* **Kiew**, 25. Juni. Das Urtheil in dem Prozeß gegen die 48 Angeklagten, welche der Organisation und Zugehörigkeit zu der gesetzwidrigen geheimen Gesellschaft, welche im Jahre 1877 unter den Bauern des tschigirinschen Kreises entstand, angeklagt sind, lautet gegen fünf Angeklagte auf Uebergabe an eine Correctionsabteilung auf die Zeit von 1 Jahr 7 Mo-

Beliebtheit einer dramatischen Bearbeitung der Erzählung „Stromtid“ verdanken, brachte uns bisher außer der Dramatisierung der Hauptscenen aus „Lit de Franzosestid“ auch das oben besprochene „Kein Hübung“, letzteres unter dem hochdeutschen Titel „Kein Obdach“, in drei Acten, und ein Nachspiel von Peter Dimeter. Diese Bühnenbearbeitung hat vieles von dem poetischen Original verwischt; manche hübsche Genrescenen musste fallen, sowie auch die eigentlich lyrischen Partien vielfach beeinträchtigt wurden. Die Handlung jedoch ist sehr geschickt und spannend in die drei Acte verteilt, obgleich der dramatische Abschluß derselben in Form eines Nachspiels nach 20 Jahren dem Gesetze der dramatischen Einheit gar zu sehr widerspricht. Doch scheint der Bearbeiter diese höhere Anforderung an seine Arbeit nicht gestellt zu haben; denn er hat auch das, was wir oben als in der Erzählung Reuter's den tragischen Conflict abschwächend bezeichneten, unverändert in sein Bühnenstück mit aufgenommen. Dasselbe hat übrigens eine sehr wirkungsvolle und rührende, aber auch einige humoristische Scenen, in denen das Junkerthum gut persifliert wird. Doch überwiegt in diesem realistischen Lebensbilde der düstere Ernst. Abgeschwächt wird die versöhnende Wirkung des Nachspiels durch die zu große Breite, mit der der zurückgelehnte Johann seiner Tochter gegenüber seiner Empfindung Worte leistet. Die im Motiv an den Schluß von Tennyson's „Enoch Arden“ erinnernde Scene würde durch Kürzung viel gewinnen.

In der Darstellung des Johann zeigte sich Hr. Junckermann als tüchtiger Charakteristiker. Die wilde, leidsame Natur des Liebenden brachte er in dem Bur-

naten bis zu 2 Jahren 9 Monaten; ein Angeklagter wurde zu einer zweimonatlichen Festungshaft verurtheilt, die übrigen wurden freigesprochen.

* Wien, 25. Juni abends. Meldung der Politischen Correspondenz aus Sofia vom heutigen Tage: „Macedonische Insurgenten unter Führung des Wojwoden Anastas griffen ein türkisches Blockhaus bei Delikat an, mussten sich aber nach mehrstündigem Gefecht und schweren Verlusten zurückziehen. In den letzten Tagen fanden wiederholt Zusammenstöße türkischer Truppen mit Insurgenten statt, die größtentheils unglücklich für die letztern verliefen.“

* Konstantinopel, 24. Juni. Regierungsteil wird bekannt gegeben, daß Photiades-Pascha für die Forderungen der kretischen Nationalversammlung, soweit sie legitim und billig seien, die Sanction des Sultans erhalten habe und nunmehr morgen oder übermorgen nach Kreta zurückkehren werde. Der Generalgouverneur von Kreta sei ferner von der Pforte autorisiert worden, auf die Einkünfte von den Zöllen der Insel vorweg diejenige Summe zu erheben, welche zur Herstellung des Gleichgewichts in dem Budget der Insel sowie zur Ausführung der nothwendigen öffentlichen Arbeiten erforderlich sei.

* Paris, 25. Juni. Die Agence Havas wird aus Kairo vom heutigen Tage gemeldet, obgleich die Abdankung des Khedive zu Gunsten seines Sohnes Tewfik-Pascha noch nicht offiziell publicirt sei, so werde dieselbe doch in Kairo bereits seit mehreren Tagen als eine Thatsache betrachtet. Es seien nur noch einige Details in Betreff der Vortheile zu regeln, welche der Khedive für sich und seine Familie zu erlangen bemüht ist. Es sei niemals davon die Rede gewesen, den Khedive abzusezen, da dieser im ersten Augenblick eingesehen habe, daß ihm die Action der Mächte die Nothwendigkeit auferlege, abzudanken, ebenso wenig habe es sich jemals darum gehandelt, Hafsim-Pascha zum Nachfolger des Khedive zu machen.

Der Stand der Frage wegen der Finanzzölle.

= Leipzig, 26. Juni. Was wir gestern noch für wahr zu halten und sträubten, das ist heute leider eine nicht mehr abzuleugnende Thatsache. „Beide“ conservative Fraktionen, auch die Reichspartei, haben für den Antrag des Centrums in Sachen der Finanzzölle gestimmt, mit andern Worten, sie haben den Grundgedanken der Bismarck'schen Finanzreform: „Bermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches und dadurch größere Unabhängigmachung des Reichs von den Einzelstaaten“, in sein direktes Gegentheil verkehrt. Wenn dieser Antrag, wie nun fast nicht mehr zu bezweifeln, im Reichstage durchgeht, so ist das Reich mit seinen neuen Steuern lediglich der Einnehmer für die Einzelstaaten und bleibt nach wie vor betreffs seiner eigenen Bedürfnisse deren „Kostgänger“ — wie Bismarck wiederholt dieses Verhältnis so bezeichnend genannt und eben darum so scharf getadelt hat.

Die Magdeburgische Zeitung hat mit dankenswerther Ausführlichkeit die ganze Debatte wiedergegeben, die sich in der Finanzcommission über die Anträge v. Bennigsen, v. Frankenstein entspann und die schließlich zu dem Resultat führte, daß der Antrag v. Bennigsen abgelehnt, der Antrag v. Frankenstein angenommen ward. Gegen jenen und für diesen stimmten die 4 Deutschconservativen, die 4 Freiconservativen

und die 8 Mitglieder des Centrums, zusammen 16, für jenen und gegen diesen die National-Liberale und die Abgeordneten vom Fortschritt, zusammen 11.

Der Bericht der Magdeburgischen Zeitung lautet (nach Aufführung der beiden Anträge, die unser Lesern aus unserer gestrigen und vorgestrigen Nummer bekannt sind) wörtlich so:

Zunächst erläuterte der Referent v. Bennigsen in langer Rede seinen Antrag. In Betreff der Rückwirkung auf die preußischen Verhältnisse sei durch die vom preußischen Ministerium auf Grund einer Cabinetordnung im Abgeordnetenhaus abgegebene Erklärung die Verfassungsfrage für Preußen erledigt. In der nächsten Landtagssession würde die Sache geschicklich geregelt werden. Die zu erwartenden Mehrerträge schäye er auf über 100 Mill. Der Ertrag werde noch steigen; Finanzzölle und Tabak würden 70 Mill. betragen, also so viel, wie die Matricularbeiträge ohne die Aversen. Das Mehrertragschiff der Schatzzölle gehe über diese Summe hinaus. Durch Fortfall der Matricularbeiträge würde das Einnahmevermögensrecht des Reichstages aufgehoben. Er begründet die Nothwendigkeit beweglicher Finanzzölle auf Kaffee und Salz in erster Linie. Das Object betrage etwa 70 Mill. Sein Antrag bezwede die Selbständigmachung des Reiches in seiner Finanzwirtschaft von den Einzelstaaten unter Festhaltung der constitutionellen Rechte des Reichstages. Nicht nur die national-liberale Partei, sondern auch die conservativen Parteien und persönlich der Reichsantritt hätten die Befreiung der Matricularbeiträge als eine Nothwendigkeit hingestellt. Er beweist dies durch Citate aus den stenographischen Berichten. Die Nr. 1 des Antrages Frankenstein sei eine Rückwärtssreviridur der Reichsverfassung in föderalistischen Sinne. Es sei ihm unschön, wie die Reichsregierung und die nationalgesinnten conservativen Parteien darauf eingehen könnten.

Correferent Frhr. zu Frankenstein: Er sei im Principe für constitutionelle und föderale Garantien, einer weitergehenden Centralisierung müsse ein Damm entgegengesetzt werden. Das Wesentlichste seiner Forderungen sei in Nr. 1 seines Antrages enthalten.

Abg. Ritter: Wenn auch nicht formell, so werde materiell durch den Antrag Frankenstein die Verfassung geändert. Die Grundlagen derselben werden erschüttert. Mit der Mobilisierung der Zölle und Steuern gebe er weiter als der Referent. Es müßten außer Kaffee und Salz noch andere Artikel mobilisiert werden.

Abg. v. Wedell: Die Anträge Bennigsen 1 und Frankenstein 2 seien nicht annehmbar. Es würde dadurch der Speculation Thür und Thor geöffnet, ohne irgend einen Vortheil für den Consumenten bei eventuellen Steuererlassen. Antrag Bennigsen 2 ohne 1 sei das Wünschenswerteste, aber leider nicht möglich; der Antrag Frankenstein 1 sei nicht so bedenklich, als behauptet werde.

Abg. Windthorst: Die Haupthandlung sei, eine Sicherheit dafür zu gewinnen, daß das eingegebene Plus an Finanzzöllen nicht zur Vermehrung der Ausgaben, sondern zur Verminderung der directen Steuern verwandelt werde. Dies werde durch die Anträge Frankenstein 1 und 2 erreicht, wenn nötig, wolle er den Antrag 2 opfern, um den Antrag 1 nicht zu gefährden. Ohne die Annahme des Antrages 1 wäre das leicht äußere Zeichen der finanziellen Selbständigmachung der Einzelstaaten gefallen. Bei der Annahme 1 behalte das Reich, was es habe.

Abg. v. Benda: Das Reich komme durch die Annahme des Frankenstein'schen Antrages in eine schlechtere Lage. Er spricht sich für die Anträge Bennigsen aus.

Abg. Frhr. v. Barwitz: Er habe immer den Wunsch gehabt, die Matricularbeiträge zu beseitigen. Die Beweglichkeit der Zölle sei ihm unannehmbar. Er warnte vor der daraus entstehenden Speculation. Da er den Antrag Bennigsen 2 nicht ohne 1 erhalten könne, nehme er den Antrag Frankenstein 1 an.

Abg. v. Kardorff meint, daß mit Ausnahme des Antrages v. Frankenstein die Landtage der Einzelstaaten weitgehend an constitutioneller Bedeutung gewinnen würden.

Heraus zog der Abg. v. Frankenstein die Nr. 2 seines Antrages, welche die Quotierung einer Reihe von Steuern, also die constitutionellen Garantien enthält, zurück. Damit war der Schritt gethan, der gestern schon zwischen Deutsch-

conservativen und dem Centrum verabredet worden war. Das Compromiß zwischen den Deutschconservativen und dem Centrum, von dem die Freiconservativen, nach ihrem Organe, der „Post“, von gestern zu urtheilen, nichts wußten oder von dem sie sich wenigstens noch fern hielten, ist damit besiegelt und die Deutsche Reichspartei ist ihm beigetreten, indem sie von der Einbringung ihres gestern von der „Post“ angekündigten Antrages Abstand nahm. Unter diesen Umständen darf man auch kaum mehr zögern, anzunehmen, daß Fürst Bismarck sein ursprüngliches Programm, die finanzielle Selbständigmachung des Reiches, ausgegeben und dem Centrum geöffnet hat, welches seinerseits, nachdem es die constitutionellen Garantien geöffnet, nunmehr vollständig Herr der Situation ist. Der Art. 88 der Verfassung, wonach sämtliche Einnahmen aus Zöllen und indirekten Steuern dem Reich zustehen, ist ohne jede Rücksicht von den conservativen Parteien den föderalistischen Tendenzen des Centrums, also der bisherigen Gegner, preisgegeben worden, nur um den berechtigten constitutionellen Forderungen der gemäßigt-liberalen Partei zu entsagen.

Nachdem Frhr. zu Frankenstein seinen Antrag 2 zurückgezogen, erklärte Richter-Hagen: die fortschrittlichen Mitglieder der Commission würden vorläufig für Nr. 1 des Bennigsen'schen Antrages stimmen, wiewol derselbe ihnen nicht genüge.

Abg. v. Bennigsen erklärt sich bereit, in Nr. 1 seines Antrages die Worte „von 1881 an“ einzuhalten. Diese Concession hinderte jedoch nicht, daß bei der nun folgenden Abstimmung die Nr. 1 des Bennigsen'schen Antrages mit 16 gegen 11 Stimmen abgelehnt wurde, ebenso die Nr. 2 desselben Antrages mit 19 gegen 8, worauf der Rest des Antrages Frankenstein, Nr. 1 desselben, welche den Fortbestand der Matricularbeiträge garantirt, mit 16 gegen 11 Stimmen angenommen wurde. Und zwar stimmten für diesen Antrag die 4 Deutschconservativen, die 4 Abgeordneten der Deutschen Reichspartei und die 8 Mitglieder des Centrums, während gegen denselben die National-Liberalen und die Fortschritter votirten.

Wird, kann der Reichsanzler auf diesen Antrag, der das direkteste Gegenthilfe seines eigenen grundlegenden Gedankens bei der Finanzreform ist, eingehen? Fürst Bismarck sagte noch am 2. Mai im Reichstage wörtlich:

Das erste Motiv, welches mich in meiner politischen Stellung als Reichsanzler zu einer Finanzreform nötigt, ist das Bedürfnis der finanziellen Selbständigmachung des Reiches. Dies ist schon bei der Verfassung der Reichsverfassung anerkannt worden. Sie sieht voraus, daß der Zustand der Matricularbeiträge vorübergehend sein und nur so lange dauern würde, bis Reichsteuern eingeführt würden.

Er erinnerte hier an die „ausgezeichnete“ Rede des Abg. Miquel gegen die Matricularbeiträge im verfassunggebenden Reichstage; dann fuhr er fort:

Gewiß ist es für das Reich unerwünscht, ein lästiger Kostgänger bei den Einzelstaaten zu sein, ein mahnender Gläubiger, während es der freigiebige Verfolger der Einzelstaaten sein könnte bei richtiger Benutzung der Quellen, zu denen die Schlüssel ihm in die Hände gelegt, aber bisher nicht benutzt worden sind. Diesem Zustande muß ein Ende gemacht werden. Die Matricularbeiträge sind ungleich und ungerecht in ihrer Vertheilung; 30000 Bewohner von Thüringen und Waldenburg können nicht ebenso viel bezahlen wie 100000 von Bremen oder Hamburg. Auch würde die Consolidation des Reiches sicher gewinnen, wenn sie durch Reichsteuern erzeugt würden. Die Consolidation würde auch nicht verlieren, wenn diese Steuern so reichlich ausfallen, daß die einzelnen Staaten vom Reich empfangen, anstatt daß sie wie bisher immer in unbehaglicher Weise geben sollen.

In der heutigen Provinzial-Correspondenz finden wir leider Andeutungen, nach welchen, wenn darin die Ansicht des Reichskanzlers richtig wiedergegeben ist, anscheinend auch dieser sich mit einem Fortbestehen der Matricularbeiträge — der „Form“ nach (was heißt das?) — zufrieden geben, mit andern Worten, von seinem eigenen früheren Programm zu Gunsten des Centrums abweichen.

des Großherzogs Nikolaus von Russland, des nachmaligen Zaren, begleitet von ihrem Bruder Wilhelm, nach Petersburg reiste, fand sie die Zimmer im Königsberger Schloss reich mit Kornblumen geschmückt, zum Zeichen, daß man das Andenken der Mutter, der Königin Luise, in diesem Symbol festgehalten habe. Es wurde damals, als das Königreich die Grenzlinie erreicht hatte und den Schritt vom Vaterlande in das fremde Land, das ihre Heimat werden sollte, that, diese Grenzüberschreitung von den Zeitungen, wie folgt, berichtet: „Die königlichen Geschwister überquerten zu Fuß die preußisch-russische Grenze. Prinzessin Charlotte trug einen Kornblumenkranz, den man ihr als Abschiedsgruß vom heimatlichen Boden dargebracht hatte, auf ihrem Haupt.“ Beide Geschwister, in treuester Liebe verbunden, haben nie ein anderes Symbol als Erinnerung an die so früh verlorene Mutter sich exponieren. Wo die Kaiserin später in Russland Kornblumen sah, ließ sie sich dieselben pflücken und küßte sie an ihre Lippen. Nicht nur die Blumen, sondern auch die Farbe ist ihre wie des Deutschen Kaisers Lieblingsfarbe verblieben.“

— Die Helwing'sche Verlagsbuchhandlung in Hannover versendet ein „Programm für das Deutsche Lehrbuch für höhere Lehranstalten, herausgegeben von Dr. Kohts, Dr. A. W. Meyer, Dr. A. Schuster“. Dasselbe soll vorzugsweise Stoffe aus der Geschichte, Geographie, den Naturwissenschaften und den alten Sprachen behandeln. Das Buch erscheint vorläufig in fünf Bänden und zwar für Sexta, Quinta, Quarta, Untertertia, Obertertia von Gymnasten und Realschulen.

— Aus Soest vom 22. Juni schreibt man der Neuen Preußischen Zeitung: „Der alte Weißdornbusch im Garten der Ressource, dessen Stamm zwei große Männer kaum umspannen können, hat auch in diesem Jahre üppig gediebt. Wittekind, der Sachsenherzog, soll ihn gepflanzt haben. In einer Urkunde des 15. Jahrhunderts wird er schon als großer Baum erwähnt.“

schen nicht minder wie die wilde Verzweiflung derselben zur Geltung. Auch in der Scene des Nachspiels traf er die rührenden und ergreifenden Töne, die hier erforderlich sind. Dem Gast secundirte gar nicht Abel Frhr. v. Januschowski (Marie), die wir zum ersten male in der Rolle einer ernsten Frauengestalt beobachteten. Wir haben uns indeß an Uebertrachten bereits gewöhnt. Wenn eine Tragödin in Soubrettenrollen brilliert, warum soll nicht auch umgekehrt eine Gesangs-soubrette einmal ins Sentimentale sich verzirren? Doch wie müssen der Wahtheit die Ehre geben und berichten, daß Frhr. v. Januschowski sich mit ihrer Marie, dann im Nachspiel mit deren Tochter gleichen Namens recht gut abgefunden hat.

Von den übrigen Mitwirkenden in dem figurenreichen Stücke nennen wir noch Hrn. Pettera (Baron v. Elßow) und Hrn. Tiez (Daniel). Beide Gestalten erheben sich im Stücke einigermaßen über die Schablone hinaus (was man von den übrigen kaum sagen kann). Fr. Pettera hielt diesen seinen hartherzigen Guts-thrannen, v. Elßow, den Vertreter des starreren feudalpharistischen Princips, ohne die hier so nahe liegende Uebertriebung, während Fr. Tiez einem noch bessern Erfolg mit seinem alten Daniel, der hier die ältere Generation des fromm resignierten Sklaventhums ohne den Gedanken an Selbsthilfe repräsentirt, erreicht hätte, gelänge es ihm, in der ersten Rede seinen Ton von jeder unwillkürlichen komischen Beimischung freizuhalten. Der Gast erfreute sich in dem freilich nicht sehr besetzten Alten Theater wiederholten Beifalls.

Die andern Darsteller, deren Partien kaum nennenswerte Bedeutung beanspruchen, unterzogen sich

ihren kleinen Aufgaben zur Zufriedenheit. Das Plattdeutsche kam freilich oft, außer bei Hrn. Dunkermann, der es allerdings mit der ganzen Verve eines medlenburgischen Autochthonen spricht, bei unsern Mitgliedern nur in sehr zweifelhafter Gestalt zum Vorschein.

Belannt ist, daß Kaiser Wilhelm die besondere Liebe für die Kornblume aus Pietät für seine Mutter, die Königin Luise, hegt. Wie aber die Königin dazu gekommen ist, die Liebe für die Kornblume ihren Kindern einzuprägen, darüber geht dem Börsen-Courier folgende Erzählung zu: „Die Königin Luise sah eines Tages — es war zu Königsberg in der für Preußen teuersten Zeit — im Garten des Hauses an den Hüsen, das die königliche Familie bewohnte, als ein armes Mädchen an sie herantrat und, ohne eine Abnung, vor die Dame sei, ihr einen großen Strauß frisch gepflückter Kornblumen zum Kauf anbot. Die Königin sprach mit dem Kind und erfuhr von der Kleinen, daß sie eine frische Mutter habe, die nichts verdienen könne. Die Königin nahm ihr mit Thränen in den Augen ihre blauen Kleidlinge ab, bescherte das Mädchen reichlich und rief ihre um sie herum spielenden Kinder zu sich. Sie zeigte der kleinen Prinzessin Charlotte, der nachmaligen Kaiserin von Russland, und dem kleinen Prinzen Wilhelm, wie man ohne Baden und Schere aus diesen Blumen leicht einen Kranz ziechten könne; sie machte die Kinder auf die schöne blaue Blume aufmerksam und sagte hinzu, wie man sich gerade an diesen schlanken Gaben der Natur ergögen könne und wie man genüghab sein müsse. Die von der königlichen Mutter ihren Kindern gegebenen Lehren, verbunden mit dem hübschen Kranze, den sie ihrer kleinen Tochter Charlotte aufs Haupt setzte, erhoben die Kornblume zur Lieblingsblume des nachmaligen Kaiserin von Russland und auch zu der des Prinzen Wilhelm, ihres ältesten Bruders. Als bald darauf die Mutter starb, wurde die Blume für beide zu einem Erinnerungszeichen an die frisch verklärte Mutter. Als im Jahre 1817 die Prinzessin Charlotte als Braut

trittsantritt mögen die
bis wir
haben wer-

Die Außenhaf
Mitte des
mehrjährigen
anderen Au
Insel Mai
und hiernd
nommen.
Freude ha
von Rus

— Wie
Zeitung
tion anno
Hobrecht b

— Angel
schen Ant
teien erinne
wie dies
was Fürst
Liberale
noch den
det". Da

Bor w
müther es
mard auf e
angeleßt d
das Lingla
heit gewor

Intere
national Libe
in der Fir
Der Ab
commission
servativen a
gezwungen
liberalen F
ganzen Tar
Garantiean
Centrum is
aber auf no
der' Majorit
Die N
Daran
den Alttra
die ganze n
men bereit
Bielmeier e
Dr. v. Pat
niglen'schen
erweiterung
halte. Beda
was Conve
zufällige Br
gung gegen
Standpunkt

Höchs
partei, die
hat, waru
Posto so
Tasche beh
antrage, d
schlossen ha
trages der

Die De
males Ziel
Deutschens
Einnahmen
den Einzel
wie im Bo
Einnahmen

Das C
Verhalten
Entsprech
die Gesam
Reichsparte
Einbringun
einsetzen
schen haben

Unter
hatte vorhe
verworfen
den sei. W
die Reichs
für Nr. 2
im Grund
sichtigten V
nommen.
Frankenste
Rechtsfertig

Bemerkt
den berline
Zeitung, b
v. Bennig
wie das B
theil einst
antrag sich

Dieser V
dah er das

en war, den und
ihrem
wurden
ist da-
mals bege-
ten von
Unter-
an-
gramm,
nach-
unmehr
der Ver-
und in-
e Röthi-
listischen
preis-
tionellen
reben.
zurück-
en Mit-
1 des
ihnen
seines
Diese
folgenden
ges mit
Nr. 2
Kest des
Hoch-
gegen 11
ten für
lgeord-
der des
beral-
Antrag,
grund-
gehen?
ichstage
lischen
nötigst,
eit des
ichver-
ß der
in und
geführt
ede des
n ver-
läufiger
hnender
Einel-
ßen, zu
bisher
in Ende
er von
bezahlten
die durch
de auch
ausfallen,
anstatt
n sollen.
finden
rin die
en ist,
festchen
d heißt
von sei-
s Cen-
maligen
Peters-
Schlosse
ß man
diesem
is das
Schritt
at ver-
Zeitun-
r über-
inzelstif-
ir als
hatte,
Liebe
nerung
Bo die
sie sich
Richt
wie des
ver-
ch für
kohls,
de soll
ie, den
Das
Sexta-
mästen
Neuen
ich im
Ränner
Appig
pflanzt
wird er

trumsantrages zurücktreten würde! Wir können und mögen dies auch jetzt noch und so lange nicht glauben, bis wir es aus Bismarck's eigenem Munde gehört haben werden!

Deutsches Reich.

Die Provinzial-Correspondenz schreibt: „Der Aufenthalt unsers Kaisers in Ems dürfte bis zur Mitte des Monats Juli dauern; dann ist nach einem mehrjährigen Besuch in Koblenz und nach einigen andern Ausflügen ein Aufenthalt Sr. Maj. auf der Insel Mainau bei der großherzoglich badischen Familie und hiernächst die Badecur in Gastein in Aussicht genommen, von wo zunächst die Rückkehr nach Berlin erfolgen soll. Der Kaiser wird in nächster Zeit die Freude haben, den Besuch Sr. Maj. des Kaisers von Russland in Ems zu empfangen.“

Wie die heutige Morgenausgabe der National-Zeitung meldet, „schwieg“ die in der Tarifcommission anwesenden Bundesbevollmächtigten Hofmann und Hobrecht bei der Debatte über den Centrumsantrag.

Angesichts der Annahme des Frankenstein'schen Antrags seitens der beiden conservativen Parteien erinnert die National-Liberale Correspondenz daran, wie dies „das vollständige Gegenteil desjenigen ist, was Fürst Bismarck unter Zustimmung der National-Liberalen und der Conservativen (1) seit Jahren und noch den letzten 2. Mai als sein Programm verkündet“. Dann fährt sie fort:

Vor wenigen Tagen noch würden pessimistische Gemüter es für unglaublich erklärt haben, daß Fürst Bismarck auf ein solches Abkommen eingehen könnte, — heute, angefischt des Verhaltens der conservativen Fraction, ist das Unglaubliche mehr als Wahrscheinlichkeit, es ist Gewißheit geworden.

Interessant ist folgende Mittheilung in der National-Liberalen Correspondenz über gewisse Vorgänge in der Finanzcommission:

Der Abg. v. Buttamer-Löwenberg warf in der Tarifcommission den National-Liberalen vor, daß sie die Conservativen zu dem Pact mit dem particularistischen Centrum gezwungen hätten, weil ein großer Theil der national-liberalen Fraction schon jetzt entschlossen sei, gegen den ganzen Tarif zu stimmen. Hätten die Conservativen den Garantieantrag Bennigsen's angenommen, so würde das Centrum in Opposition gegen den Tarif getreten, dafür aber auf national-liberaler Seite nicht der zur Sicherung der Majorität erforderliche Ertrag gefunden worden sein.

Die National-Liberale Correspondenz bemerkte dazu: Daraus könnte man schließen, daß die Conservativen den Antrag v. Bennigsen angenommen haben würden, wenn die ganze national-liberale Partei für den Tarif zu stimmen bereit gewesen wäre. Dem ist aber durchaus nicht so. Vielmehr erklärte außer andern conservativen Stimmen Dr. v. Buttamer selbst, daß seine Partei die in dem Bennigsen'schen Antrage enthaltene „parlamentarische Machtverweiterung“ dem Interesse des Landes nicht förderlich halte. Bedarf es noch deutlicher Bezeugnis, daß dasjenige, was Conservativen und Centrum zusammenführte, nicht eine zufällige Zwangslage war, sondern die gemeinsame Abneigung gegen die Forderungen des liberal-constitutionellen Standpunktes?

Höchst auffallend ist, daß das Organ der Reichspartei, die „Post“, kein Wort der Erklärung dafür hat, warum diese Partei ihren noch gestern in der „Post“ so großartig angestrebten Antrag in der Tasche behalten und statt dessen sich dem Centrumsantrage, der das directe Gegenteil davon ist, angeschlossen hat. Noch gestern, bei Ankündigung des Antrages der Reichspartei, sagte die „Post“:

Die Deutsche Reichspartei hat es jederzeit als ein normales Ziel der Entwicklung der Budgetverhältnisse des Deutschen Reichs betrachtet, daß das Reich, auf eigene Einnahmen (1) gestellt, nicht als hilfesuchender Kostgänger bei den Einzelstaaten (1!) erscheinen sollte, sondern daß ähnlich, wie im Zollverein es der Fall war, Quellen gemeinsamer Einnahmen eröffnet werden.

Das Einzige, was die heutige „Post“ über das Verhalten der Reichspartei sagt, ist Folgendes:

Entsprechend (?) der in unserer gestrigen Uebersicht über die Gesamtlage ausgesprochenen Ansicht hat die Deutsche Reichspartei unter diesen Umständen (?) abgesehen von der Einbringung ihres selbständigen Antrages, in welchem sie sonst die correcteste Lösung der jetzt schwelenden Frage gesehen haben würde.

„Unter diesen Umständen“ — unter welchen? Sie hatte vorher angeführt, daß der Bennigsen'sche Antrag verworfen und der Frankenstein'sche angenommen worden sei. Aber dieses Resultat, „diese Umstände“ hat die Reichspartei selbst erst herbeigeführt. Wenn sie für Nr. 2 des Bennigsen'schen Antrages stimmte, der im Grundgedanken mit dem von der Reichspartei beabsichtigten Antrage übereinstimmt, so war derselbe angenommen. Sie stimmte aber gegen diesen und für den Frankenstein'schen Antrag! Dafür freilich gibt es keine Rechtfertigung, sondern nur ein beschämtes Schweigen.

Bemerkenswert ist, daß von den mehr links stehenden Berliner Blättern einzelne, wie die Berliner Bürger-Zeitung, die „constitutionellen Garantien“ des Hrn. v. Bennigsen für „völlig wertlos“ erklären, andere, wie das Berliner Tageblatt, nicht blos in dieses Urtheil einstimmen, sondern ihrerseits mit dem Centrumsantrag sich einverstanden bezeigen. Letzteres sagt:

Dieser Vorschlag hat zunächst den einen großen Vorzug, daß er den Einfluß des Reichstages bei den Staats-

aufstellung sichernde Wesen der bisherigen Matricularumlagen beibehält, und doch die ungerechte Verteilung dieser Umlagen wieder weitmacht, indem der gleiche Verteilungsmaßstab für die den Einzelstaaten zustehenden negativen Umlagen angewendet wird. Eine Änderung der bestehenden Verfassung liegt infosofern darin, als jetzt alle Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern ohne weiteres dem Reiche gehören. Es ist aber gar kein principielle Hinweis vorhanden, diese Einnahmen, welche ja durch Vermittelung der Einzelstaaten erst erhoben worden, durch die calculatorische Vermittelung des Reiches den Einzelstaaten wieder zuzuführen. In diesem Theile des Frankenstein'schen Antrages findet sich ein ausschließlich conservativer Element. Die conservativen Gruppen haben sich hiermit auch einverstanden erklärt. Es bleibt danach alles beim alten, und in Ermangelung eines Besseren können wir damit ganz zufrieden sein.

Die National-Zeitung schreibt:

Den früheren Kaisern hat man vor ihrer Wahl regelmäßig Wahlcapitulationen vorgelegt, in denen die „fördernde Idee“ des Reichs zu Gunsten der Einzelsovereinheit brachte. Dagegen ist in der Reichsgechichte der Fall doch selten, daß während der Dauer der Regierung eines Wahlkaisers demselben Hoheitsrechte des Reiches entzogen worden wären. Zu dem gegenwärtigen Augenblick ist eine Coalition, bestehend aus dem Centrum, den Conservativen und Freiconservativen, bestrebt, das Reich bei Gelegenheit der Tarifvorlagen eines seiner wesentlichen Rechte zu entziehen, des Finanzhoheitsrechts in Zöllen — das Reich capitulirt. Die heutige Sitzung der Tarifcommission hat die bestehende Vereinbarung zwischen den bezeichneten Parteien in diesem Sinne declarirt. Der Grundgedanke der ganzen Reform, für welchen der Reichskanzler, die Redner der Conservativen und Freiconservativen unzählig in den schärfsten Wendungen eingetreten sind, wird als etwas Gleichgültiges beiseitegeschoben und mit verlegenen Ausreden von rechnungsfähiger Behandlung sc. der schwere Schlag gegen das Reichsinteresse und die Reichshoheit zu verbeden gesucht. Der Antrag Frankenstein weist den gesammten Wehringang an Zöllen und Verbrauchssteuern, der über den gegenwärtigen ungewöhnlich niedrigen Stand hinaus durch die neuen Steuern und Zölle und durch die naturgemäße Hebung der bestehenden erwachsen wird, den Einzelstaaten zu. Das Reich, welchem nach Art. 38 die sämtlichen Einnahmen aus Zöllen und indirekten Steuern zufließen, wird auf eine bestimmte fixe Quote, eine Art Altenheil, gezeigt, der gesammte Zuwachs geht an ihm vorbei in die Taschen der Einzelstaaten. Die Ausschaltung von Matricularumlagen pro Kopf der Bevölkerung mit allen ihrem oft getadelten Ungerechtigkeiten wird nicht nur bestätigt, sondern aus einer provisorischen zu einer definitiven Einrichtung gemacht. Alle Grundsätze werden verlängert, alle Versprechungen und Zusagen preisgegeben. Das Centrum revidiert die deutsche Reichsverfassung nach den Grundsätzen des Föderalismus zuülf, und Conservativen wie Freiconservativen übernehmen Adjutantendienste dabei.

Der Weser-Zeitung schreibt man aus Berlin vom 24. Juni: „Von der Rückkehr des Hrn. v. Gordon bed erwarten man einen entscheidenden Einfluß auf die fernern Entwickelungen der national-liberalen Partei. Daß jedoch die Rückkehr dieses Politikers das Signal zu der förmlichen Trennung der Fraction geben wird, wie man da und dort vermutet, muß noch sehr bezweifelt werden. Thatsächlich ist freilich die Fraction gegenwärtig fast ohne jeden Zusammenhang, trotzdem aber ist es nicht wahrscheinlich, daß die Gegenseite schon in nächster Zeit zu einer förmlichen Auflösung führen werden. Die Bennigsen'schen Garantieanträge haben seit längerer Zeit zum ersten mal wieder die national-liberale Fraction ziemlich geschlossen hinter sich, und wenn jetzt die Finanzreform durch Verständigung der Conservativen mit dem Centrum zu Stande kommt, so dürfte dies das sehr geflockte Band, welches die National-Liberalen noch zusammenhält, wieder etwas festigen.“

In einem Berliner Briefe der Kölnischen Zeitung vom 24. Juni lesen wir, Hr. v. Bennigsen habe erklärt, daß seine Verhandlungen mit dem Reichskanzler zu keinem Ergebnis geführt hätten, und zwar wegen der von ihm geforderten jährlichen Neubewilligung der Salzsteuer und des Kassezzolles.

Die Provinzial-Correspondenz vom 25. Juni sagt über die parlamentarische Lage:

Vor den letzten Verhandlungen der Tarifcommission über die sogenannten Finanzzölle und vor den entscheidenden Beschlüssen der Tabakcommission finden zur Zeit zwischen allen denjenigen Parteigruppen, welche das Zustandekommen des neuen Zolltarifs und der damit verknüpften Finanzreform im großen und ganzen erstreben, vertrauliche Verhandlungen über die sogenannten constitutionellen Bürgschaften statt, d. h. über die Frage, auf welchem Wege am besten sicherzustellen ist, daß angefischt der bevorstehenden Vermehrung der Einnahmen des Reiches die verfassungsmäßigen Rechte der Reichsvertretung nicht geschmälerzt werden. Als Gegenstand allseitigen Einverständnisses, wie es auch schon bei den entsprechenden Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhaus festgestellt war, darf gelten, daß die Überflüsse aus den neuen Einnahmen, soweit sie nicht direkt oder indirekt zu den im Reichsbudget festzustellenden Ausgaben gebraucht werden, den Einzelstaaten zur Erleichterung ihrer Ausgaben und ihrer Steuerlasten zugestehen sollen. Unter welchen Modalitäten die Überweisung vom Reiche an die Bundesstaaten stattfinden soll, und inwieweit dabei der Form nach die Matricularbeiträge fortbestehen können, darüber wird gegenüber dem wesentlichen sachlichen Einverständnis die Verständigung wohl nicht allzu schwer zu erreichen sein. Nach der gegenwärtigen Lage der parlamentarischen Arbeiten darf an der Aussicht festgehalten werden, daß es gelingen werde, die Session in der dritten Juliwöche zum Abschluß zu bringen.

Bekanntlich haben die Regierungen der fünf Mittelstaaten dem Reichstag Darlegungen über die

finanzielle Situation ihrer Staaten gemacht. Dieselben weisen sämtlich Defizite auf. Und zwar wird dasselbe angegeben für Bayern auf 25,536,185 M., für Sachsen auf 5,500,000 M., für Württemberg auf 8,000,000 M., für Baden auf 8,900,000 M. Die heftige Darlegung enthält gar keine ziffernmäßige Angabe, allein sie gelangt zu dem Schluß, daß „mindestens der Wegfall der Matricularbeiträge ein dringendes Bedürfnis sei“. Eine charakteristische Rolle spielt dabei überall das Eisenbahnbudget. In Bayern wird ein Rückgang der Einnahmen von den Staats-eisenbahnen auf 3,700,000 M., das Anwachsen der Eisenbahnschuld auf 4,490,379 M. berechnet. In Sachsen sind die Einnahmen von den Staats-eisenbahnen um 8,310,702 M. heruntergegangen und man fürchtet einen weiteren erheblichen Abschlag um Millionen, wenn einheitliche Normalfrachtfäße in das Leben treten. In Baden erforderte das Staats-eisenbahnen 1878 einen Zuschuß von 4,408,189 M. Württemberg begnügt sich damit, einen bedauerlichen Rückgang der Einnahmen aus den Staats-eisenbahnen zu constatiren. Sehr richtig folgert die National-Zeitung hieraus, daß es „in hohem Grade bedenklich sei, jetzt eine Umänderung des Eisenbahnsens in Angriff zu nehmen, die unvermeidlich den Erfolg haben müßte, die Erträge der Eisenbahnen und damit die Finanzen der Staaten noch weiter zu verschlechtern.“

N.L.C. Berlin, 25. Juni. Die Tabaksteuer-commission hat heute die zweite Lesung des technischen Theiles der Vorlage erlebt. Die wichtigste Änderung an den Beschlüssen erster Lesung wurde bei §. 19, welcher von der Haftung für Errichtung der Steuer handelt, vorgenommen, indem auf Antrag Blum hinter der Bestimmung, daß der Tabakspflanzer für die Steuer so lange solidarisch zu haften hat, als er nicht durch die Steuerbehörde ausdrücklich davon entbunden wird, hinzugesetzt wurde: „Bis dies geschehen ist, kann er die Übergabe des Tabaks an den Käufer verweigern.“ Zu §. 27, der von der Verwendung von Tabakfurzogaten handelt, wurde ein Antrag Buhl angenommen, nach welchem die vom Bundesrat über die Abgaben für die Verwendung von Surrogaten zu erlassen, den Bestimmungen dem Reichstag vorzulegen und im Falle der Nichtgenehmigung durch denselben außer Kraft zu setzen sind. Zu §. 28 wurde beschlossen, daß die Steuerverwaltung die Befugnis behüte Überwachung des Verbots der Verwendung von Surrogatenproben der einzelnen Tabakfabrikate bei den Fabrikanten und Händlern zu entnehmen, nur während der Geschäftsstunden ausüben soll. Die Commission wird nunmehr in die Berathung der von den Zoll- und Steuerfächern handelnden Paragraphen eintreten, alsdann nochmals die Nachsteuer vornehmen und schließlich den Anfangstermin für die neue Steuer vom inländischen Tabak festsetzen.

Der Magdeburgischen Zeitung schreibt man aus Berlin vom 24. Juni: „Der Abg. Dr. v. Schwarze-Dresden hat soeben seinen «Commentar zum Strafgesetzbuche für das Deutsche Reich» in vierter Auflage erscheinen lassen. Das seit langer Zeit berühmte Werk berücksichtigt alle in den letzten fünf Jahren erschienenen Hand- und Lehrbücher des Criminalrechts, ferner die einzelnen selbständigen Monographien und die in Zeitschriften verstreuten Abhandlungen. Bei Erörterung der Controversen sind stets die Entscheidungen der obersten deutschen Gerichte angeführt, und damit ist eine vollständige Uebersicht über die Rechtsentwicklung geliefert. Dr. v. Schwarze gehört zu den hervorragendsten Redactoren des deutschen Criminalrechts, und recht eigentlich war er vor vielen berufen, unser Strafgesetzbuch zu commentieren, weil es in seinen wichtigsten Bestimmungen auf Schwarze's Amendements ruht. Wie ein Vater sein Kind, so hat er das Strafrechtsmaterial behütet und es zu entwickeln verstanden; seine Interpretationen bleiben mustergültig, weil sie die Gedanken des Gelehrten in klarer, präziser Form zum Ausdruck bringen. Die an die Spitze des Commentars gestellten wissenschaftlichen Excuse Schwarze's über mehrere allgemeine Materien des Strafrechts sind so bedeutend, daß sie in der wissenschaftlichen Welt den dresdener Generalstaatsanwalt berühmt gemacht hätten, selbst wenn er sonst nichts geschrieben hätte. Die Liebe des Verfassers zu seinem Gegenstande verräth sich in der ganzen Diction des Werkes, vom ersten bis zum Schlusssatz des Strafgesetzbuches, und so er-schöpfend ist die criminalrechtliche Literatur zusammengetragen und verarbeitet worden, daß der Verfasser in der Vorrede mit Recht bemerken kann: «Schwerlich wird auch nur eine Materie bezeichnet werden können, bei welcher ich nicht für die Verbesserung und Ergänzung des Commentars thätig gewesen bin.»“

Der Augsburger Allgemeinen Zeitung berichtet man aus Berlin vom 22. Juni: „Nachdem der Telegraph neulich gemeldet, ein Antrag der englischen Delegirten auf dem in London tagenden Internationalen Telegraphencongress gehe dahin, auch im europäischen Telegraphenverkehr, wie es schon seit

dem petersburger Congres im außereuropäischen Verlehr der Fall ist, den Worttarif zu Grunde zu legen, folgt heute die einigermaßen überraschende Nachricht: die Mehrheit der Tarifcommission des Congresses habe den Auftrag auf Einführung eines uniformen Telegraphentarifs für ganz Europa abgelehnt. Die Richtigkeit der Meldung vorausgesetzt, würde dieses Votum die Ablehnung der deutschen Anträge bedeuten, welche auf die Einführung eines einheitlichen Worttarifs mit einer Grundrate von 50 C. und einer Wortlage von 20 C. hinausliefen. Falls der Congres diesem Beschlusse der Commission beitritt, so wird man nicht umhin können, in diesem Beschlusse den ersten Schritt zur Auflösung der internationalen Telegraphenvereinigung in ihrer jetzigen Gestalt zu sehen."

Das münchener Aerztliche Intelligenzblatt enthält folgende Correspondenz aus Berlin: "In naher Zeit steht auch ein Beschluss des Bundesrates über die Prüfungsbordnung für Aerzte bevor. Der bekannte Entwurf wird nicht geändert, also auch eine Zulassung der Realchulabiturienten zum Studium der Medicin nicht ausgesprochen werden. Herner gelangt die Erhöhung der Studienzeit von acht auf neun Semester zur Einführung, und es werden, wie man hört, von dieser Neuerung nur diejenigen Studirenden nicht berührt werden, welche sich bei dem Intervalltreten der Prüfungsbordnung im achten Studiensemester befinden. Weiterhin vernehmen nach ist keine Regierung für die Zulassung der Abiturienten der Realschulen I. Ordnung, bezüglichlich der ihnen gleichstehenden Realgymnasien, eingetreten, sodass neue Versuche der zuletzt erwähnten Lehranstalten vorerst aussichtslos sind."

Die neueste Nummer der Provinzial-Correspondenz sagt in einem mit Wärme geschriebenen Artikel über den Tod des Prinzen Louis Napoleon: "Die Kunde von diesem tragischen Ausgänge des kaiserlichen Prinzen würde unter allen Verhältnissen die Gemüther in Frankreich und in Europa tief ergriffen haben, — sie hat inmitten der neuen politischen Kämpfe in Frankreich einen doppelt erschütternden Eindruck gemacht. Die Trauerbotschaft hat die Regungen allgemeinst Theilnahme zunächst für die schwer geprüfte Mutter veranlaßt, welche in dem Prinzen alles verloren hat, was ihr von ihrem einstmaligen Glück, von ihren Hoffnungen geblieben war; je mehr die Kaiserin Eugenie seit den Unglücksstagen vom August 1870 bis heute ihr schweres Geschick mit Ernst und Würde und mit hochherziger Hingabe für Frankreich getragen hat, desto mehr werben ihr in ihrem jetzigen bittersten Kummer allezeit die tiefsten Sympathien gewidmet.

Wenn der Blick sich weiter auf die möglichen Folgen des überraschenden Todesfalls für Frankreich richtet, so kann es zunächst keinem Zweifel unterliegen, daß das Verschwinden des unmittelbaren Erben der bonapartistischen Hoffnungen und Ansprüche eine Stärkung der republikanischen Regierung ist: in dem Gegensatz zwischen Republik und Monarchie, welcher bei den inneren Kämpfen und Entwickelungen in Frankreich seit 1871 mehr oder weniger bestimmt einwirkt, ist der Bonapartismus diejenige monarchische Partei, welche nicht bloss in den eigentlich politischen Kreisen, sondern auch in den weiten Volkschichten die festste Gestaltung und Organisation besitzt, und welche hierdurch, sowie durch die rücksichtslose Entschlossenheit ihrer Führer in Augenblicken des Schwankens der öffentlichen Zustände die gefährlichste Gegnerin der republikanischen Politik werden könnte. Mit dem Sohn des Kaisers Napoleon III. aber, an den sich die Hoffnungen der Bonapartisten hefteten, schwindet für die große Masse im Volke das Symbol und Wahrzeichen des kaiserlichen Erbes dahin, — um so mehr, als der nächste in Betracht kommende Verwandte, der Prinz Napoleon Jérôme, von jeher in schrofsem Gegensatz zur kaiserlichen Familie und Politik gestanden hatte. Wenn auch der Versuch gemacht werden wird, die Anhänger der bonapartistischen Sache entweder um diesen Namen oder um seinen ältesten Sohn, den siebzehnjährigen Prinzen Victor, zu scharen, so ist doch höchst zweifelhaft, inwiefern dies gelingen kann, insoweit namentlich der Glaube Boden finden wird, daß die Gewähr einer festen und sicheren Staatsordnung, welche viele gerade im Bonapartismus vor allem fanden, auch unter jener neuen Fahne zu erreichen sein werde. Schon jetzt werden gewichtige Stimmen aus dem bisherigen bonapartistischen Lager laut, welche die Hoffnungen der Conservativen nur noch in dem engen Anschluß an die monarchisch-royalistischen Parteien erblicken. Welche Folgen eine solche Wendung und Gestaltung der Partieverhältnisse für etwaige zukünftige Entwickelungen haben kann, ist für jetzt nicht abzusehen. Für die unmittelbare Gegenwart ist der Tod des Napoleonischen Erben unzweifelhaft eine innere Schwächung der bonapartistischen Partei, und je mehr diese gerade in letzter Zeit das Ansehen und die Festigung der republikanischen Regierung mit allen Waffen zu bekämpfen und zu untergraben bemüht war, desto schwerer wird in diesem Augenblicke der Schlag, welcher die bonapartistische Sache betroffen hat, zu Gunsten der Republik ins Gewicht fallen. Die dauernde Entwicklung der

französischen Zustände hängt freilich nicht von einzelnen noch so bedeutenden Personenfragen, sondern von der Entscheidung zwischen den gewaltigen grundsätzlichen Gegensätzen ab, welche auch innerhalb der jetzigen republikanischen Staatsform von neuem um die Geltung und Herrschaft streiten."

Auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878 ist das Verbot der vom communistischen Arbeiterbildungsverein in London herausgegebenen periodischen Druckschrift «Freiheit» auch auf diejenigen Nummern dieses Blattes, welche unter der Aufschrift «Vorwärts» zur Ausgabe gelangen, erstreckt worden.

Preußen. Der König hat auf Grund des §. 2 Nr. 4 der Generalsynodalordnung vom 20. Jan. 1876 folgende 30 Personen zu Mitgliedern der ersten ordentlichen Generalsynode der evangelischen Landeskirche in den ältern Provinzen ernannt: den Consistorialpräsidenten Balhorn in Königberg i. Pr., den Geh. Oberregierungsrath im Ministerium des königlichen Hauses v. Bötticher in Berlin, den ordentlichen Professor der Rechte Dr. Boretius in Halle a. d. S., den Oberregierungsrath v. Vorries in Oppeln, den Commerzienrath Delius in Bielefeld, den Director der Diakonieanstalt Pfarrer Engelsbert in Duisburg, den Hof- und Garnisonprediger Trommel in Berlin, den Consistorialpräsidenten v. d. Groeben in Posen, den Geh. Justizrat und ordentlichen Professor Dr. Haeschner in Bonn, den königlichen Kammerherrn und Erbschenk Grafen vom Hagen in Möckern (Kreis Jerichow, Provinz Sachsen), den Consistorialpräsidenten Dr. Heindorf in Stettin, den Consistorialrath Heinrich in Gumbinnen, den Oberhofprediger v. Hengstenberg in Berlin, den Consistorialpräsidenten Hering in Münster i. W., den Consistorialrath Hohenthal in Magdeburg, den Consistorialrath Leuschner in Merseburg, den Archidiakon Dr. Willemsen in Berlin, den Consistorialpräsidenten Dr. Nöldeken in Magdeburg, den General der Infanterie und Gouverneur des Invalidenhofs v. Ollech in Berlin, den Oberpräsidenten v. Puttkamer in Breslau, den Unterstaatssekretär Dr. v. Schelling in Berlin, den Hof- und Domprediger Schrader in Berlin, den Consistorialpräsidenten Snethlage in Koblenz, den Hof- und Domprediger Stoeder in Berlin, den Grafen Theodor zu Stolberg-Wernigerode auf Schloß Lütz (Kreis Deutsch-Erone, Westpreußen), den Consistorialrath Taube in Bromberg, den Feldpropst, Oberconsistorialrath und Hospprediger Dr. Thielen in Berlin, den Hospprediger Wilking in Stargard i. P., den Consistorialpräsidenten Wunderlich in Breslau, den Regierungspräsidenten Frhrn. v. Beditz-Neufisch in Liegnitz.

Einer „Culturfampsstatistik“, welche der Kurherzog bringt, entnehmen wir, daß am Ende des vorigen Jahres in den beiden Erzbistümern Posen-Gnesen 96 Pfarreien mit 169740 Seelen verwaist waren. In 19 Pfarreien mit 65139 Seelen gab es jedoch noch antirende Vicare. Im Laufe des gegenwärtigen Jahres sind nun wieder 13 Präboste gestorben und 13 verwaiste Pfarreien mit 27329 Seelen zu der obigen Zahl hinzugetreten. Die Zahl der Gemeinden, welche keine Pfarrer mehr besitzen, beträgt somit jetzt 109 mit 197060 Seelen; 20 von diesen Gemeinden mit 74670 Seelen werden jedoch noch von Vicaren pastoriert, sobald die Zahl der eigentlich verwaisten und jeder Seelsorge entbehrenden Pfarreien 89 mit 122399 Seelen beträgt.

Aus Wesel vom 19. Juni berichtet man der Kreisfelder Zeitung: „Zu dem Leichenbegängnis des Offiziers Scheidt, der sich in einem Anfalle von Geistesstörung vor drei Tagen das Leben genommen, hatte der heilige Garnisonpfarrer seine Begleitung verlangt, da er der Leiche eines Selbstmörders nicht folgen könne. Das Brigadecommando dachte darüber anders und ertheilte dem betreffenden Geistlichen den Befehl, sich zur Abholung der Leiche aus dem Lazareth und zur Begleitung derselben um 7 Uhr abends zu stellen. So wurde denn die Leiche des Offiziers unter allen militärischen Ehren und unter Musibegleitung zur Bahn gebracht, von wo sie der Heimat des Offiziers (Rottweil) zugeführt werden sollte.“

Der Breslauer Morgen-Zeitung berichtet man aus Bolenhain: „In Würgsdorf bei Bolenhain starb neulich ein wenige Tage altes ungetauftes Kind eines Zimmermanns, und der Leiche wurde kirchlicherweise auf dem dortigen evangelischen Kirchhof ein Platz an der für Beerdigung von Selbstmördern bestimmten Stelle angewiesen. Der damit nicht einverstandene Vater wandte sich telegraphisch an den Herrn Cultusminister und rath gern erfolgte dann eine Verfügung der königlichen Regierung zu Liegnitz, welche die polizeilich anzuhörende Beisezung der kleinen Leiche in der Reihe der sehrlichen Gräber befahl.“

Ein Localblatt in Frankfurt a. M. hat darauf hingewiesen, daß kürzlich hundert Jahre verflossen waren, seit am 28. Mai 1779 auf Anregung des ältern Bürgermeisters im frankfurter Rath beschlossen wurde, daß in Leipzig erschienene Drama von Gotthold Ephraim Lessing: „Der weise Nathan“, welches „vom scanda-

leusfesten Ufahrt in Rücksicht der Religion“ sei, bei allen frankfurter Buchhändlern nachdrucksamst zu verbieten.

Baden. + Aus Baden, 22. Juni. Es ist eine Verordnung des grossherzoglichen Ministeriums erschienen, wonach, einem früher schon erlassenen Bundesratsbeschlusse gemäß, die Inhaber von Wanderlagern verpflichtet sind, bei Ausübung ihres Gewerbes öffentliche Anklündigungen der feilgehaltenen Waaren nur unter dem in dem Legitimationschein aufgeföhrten Namen und mit Hinzufügung des Wohnortes zu erlassen. Auch muß vor dem Geschäftslocal an einer für jedermann sichtbaren Stelle ein Aushängeschild mit Namen und Wohnort des Inhabers angebracht werden.

Österreich-Ungarn.

+ Wien, 25. Juni. Der gestrige erste Wahltag für den Reichsrath ist für die liberale Partei ziemlich ungünstig ausgefallen. Es waren die Landgemeinden Oberösterreichs, Niederösterreichs und Krains zur Urne aufgerufen. Im ganzen waren 22 Abgeordnete zu wählen; davon sind der klerikalen Partei 14, der liberalen Partei 8 Sitze zugeschlagen. Die klerikalen haben gegen die letzten Wahlen im Jahre 1873 drei Sitze gewonnen, einen in Krain, einen in Oberösterreich und einen in Niederösterreich. Auf dem flachen Lande in Oberösterreich macht die klerikale Bewegung unter dem Bauernvolke stetige Fortschritte, da war vielleicht der Verlust nicht zu vermeiden, aber in Krain und Niederösterreich hätten die Liberalen schon etwas zu retten vermocht, wenn sie nur besser diszipliniert wären und wenn sie geschicktere Programme hätten als das von Sanct-Pölten, das in der That nicht danach ist, um die Bauernbevölkerung zu gewinnen. Im ganzen haben die Männer des Programms von Sanct-Pölten und des Programms der 112 Occupationsgegner gestern viel herbe Niederlagen erlitten. Selbst in den liberalen Bezirken sind nicht immer ihre Candidaten durchgezogen, sondern mitunter offene Anhänger der Occupation, wie dies beispielweise in Hernalt und in Schlossau, in der unmittelbaren Umgebung Wiens, geschehen ist.

Frankreich.

* Paris, 24. Juni. Mehrere Zeitungen brachten heute ein Manifest des Prinzen Jérôme Napoleon, das angeblich in einem Abendblatte erscheinen sollte. Wir können versichern, daß dieses Document durchaus erfunden ist und daß überhaupt kein Manifest des Prinzen erscheinen wird. Das Pseudodokument lautet:

Man bot mir die Stellung eines Präteventen an, welche durch die Lage nicht gerechtfertigt wird, da in Frankreich kein Thron zu befreien ist. Aber wenn ich auch auf jeden Anspruch von dieser Seite verzichte, so dankt ich meinem Brüder als Familienhaupt ab und ich werde seinem Brüder erlauben, sich meines Namens zu fruchtlosen Agitationen zu bedienen. Die gegenwärtigen Umstände würden schon genügen, mir diese Haltung vorzuschreiben. Die Regierung der Republik verfolgt jetzt einen durchdringenden Kampf, den des modernen Geistes gegen den Geist der Vergangenheit. Was mich betrifft, werde ich niemals das Oberhaupt einer Partei sein, die auf diesem Terrain die Regierung der Republik zu Gunsten des Klerikalismus bekämpfen würde.

Die Tafette schreibt: „Man versichert uns, die Absicht des neuen kaiserlichen Prinzen (Jérôme) sei, seine Frau, die Prinzessin Clotilde, nach Paris kommen zu lassen. Diese edle und so graziente Prinzessin würde die Honneurs im Salon des Prinzen machen, der darauf rechnet, in Person die Leitung der bonapartistischen Partei zu übernehmen und seine Freunde und Anhänger regelmäßig bei sich zu empfangen. Das wäre eine ausgezeichnete Idee, welche der Prinz Napoleon hätte, denn niemand mehr als seine heilige und reizende Frau ist fähig, ihm Sympathien zu gewinnen.“

Paul de Cassagnac schreibt im Pays: „Solange es eine Republik gibt, wird es ein Kaiserreich gegenüber geben. Das eine hängt vom andern ab, zieht es an, bringt es hervor, reizt es an. Und niemals, niemals hat die Republik diese ihr entgegengesetzte Form, dieses ihr vorgesetzte Heilmittel notwendiger gemacht, diesen Nachfolger, der sie unbeweglich und unerbittlich wie der Degen des Toreadors erwartet. Gleich dem Stiere wird sie auffeuellen, drehen, stoßen, aber sie wird darauf losgehen, wenn der Haf, der sie gegen die alte französische Gesellschaft belebt, sie ganz verwirrt und toll gemacht haben wird. So ist die Lage. Sie veränderte sich nicht. Was die Republik ehemals machte, besteht noch immer. Was das Kaiserreich gewiß machte, besteht noch immer. Was fehlt denn? Was fehlt uns denn, um von neuem zu erscheinen, mit zerbrochenem Herzen, aber mit aufgerichtetem Haupte, wie frischer? Es fehlt uns ein Mann! Wir müssen einen Mann haben. Und wir werden ihn haben, wir haben ihn!“

Die Union sagt: „Das Königthum ist der Zufluchtsort, der allen ehrlichen Leuten in Frankreich geöffnet ist; die Monarchie ist die einzige Citadelle, wo in einer gleichen Liebe fürs Vaterland vereinigt — dessen Geschichte groß und edel genug ist, damit jeder

hierin bequem seiner Väter dringen belästigt werden kann.“

Wie be-
Deputierte
lung über d
des hohen

Baudry d
gegen den P
Präsident
Baudry d
Präsident
Baudry d
die Präsident
in das Proto
Paul Ber
da wir, die
sprechen wie
Baudry d
Paul Ber
Heiterkeit lie
sieben, ist wi
Freiheit des
Auffassung d
heit, welche
im Bestreit
daher nothw
gnde Beleg
Segur und a
momentlich be
Schulen in d
schenrechte ent
clamirte. Au
der Universität
welches von d
weil es ihr
schüttet die Fr
etwas bestehen
Wiedergründ
und 1875 (fa
sich aber die d
heit; zählt m
zusammen, s
Dieses Princ
gezeigt. Sie
welche den M
geliefert habe
deren Gesell
Lande eine P
Baudry d
Paul Ber
Anzahl abzule
sich viele Kin
derselben Han
pariser Gefü
aber selbst die
Bereit ist die
Wähler?

Baudry d
Paul Ber
Liegender Prin
Präsidium:
Stegreis gebau
dass die Repu
Paul Ber
verbietet mir
Gegenstände z
den sattsam be
Prüfungssury
lässe das eine
gationisten sch
Universität be
rante Erziehun
dass die Kirche
modernen Ge
die Gewissensw
sprüchen entw
unfere Gegner
Vorlage an, d
gleiches bietet;
eins noch we
anwendete:

Gaston sei nicht wahr,
Freiheit vermag
das Gegenteil

hat in bequem den stärkenden Hauch der Überlieferungen seiner Väter einathme — alle das revolutionäre Ein- dringen bekämpfen und zurückweisen können, alle zur Eröberung der Zukunft schreiten können. Ihr, die ihr das Prinzip der Autorität reiten wollt, und ihr, die ihr das Patrimonium unserer Freiheiten vertheidigen wollt, reicht euch zur Schlacht auf diesem allem guten Willen, allen großmütigen Initiativen weit geöffneten Terrain, auf dem Terrain der französischen Monarchie, welche der religiöse Friede, die Größe, die Justiz und die Ehre, die Kraft nach innen und das Prestige nach außen ist. Das Heil Frankreichs liegt in den Händen derjenigen, die ihre Pflicht thun werden."

Wie bereits erwähnt, wurde in der Sitzung der Deputiertenkammer vom 21. Juni die Verhandlung über den Gesetzentwurf betreffend die Freiheit des höheren Unterrichts fortgesetzt:

Paul Bert, Präsident des Ausschusses und sozusagen ein Spezialist für alle Unterrichtsfragen, führt aus: Die Vorlage ist kein doctriñäres oder allgemein organisatorisches Gesetz, sondern ein zum Schutz der Gesellschaft gebotenes. Diesen Zweck erfüllt sie mit den beiden Bestimmungen, nach denen die Verleihung der Grade in den Alleinbesitz des Staates zurückkehren und den Leuten, welche offen die Grundlagen der bestehenden bürgerlichen und demokratischen Gesellschaft bekämpfen, das Recht, zu unterrichten, entzogen werden soll. Um dieses notwendigen Zweckes willen hat der Ausschuss allen Bedenken, die sich in ihm gegen ein oder das andere Detail der Vorlage regen könnten, Schweigen geboten und dieselbe mit allen Stimmen gegen die einzige des Hrn. Gaslonde angenommen. Daher die Wuth unsrer Gegner. (Lärm.) In dem Augenblick, da man gegen den Feind marschiere, müssten alle untergeordneten Meinungsverschiedenheiten verstimmt.

Baudry d'Asson: Das ist eine Insulte; den Ausdruck „gegen den Feind“ muß der Redner zurücknehmen.

Präsident: Der Redner hat niemand insultirt.

Baudry d'Asson: Doch!

Präsident ruft Baudry d'Asson zur Ordnung.

Baudry d'Asson: Wir bestehen darauf, daß der Redner die Worte zurücknimmt.

Präsident verschärft den Ordnungsruf mit Eintragung in das Protokoll.

Paul Bert: Das Misverständnis wundert mich nicht, da wir, die Söhne der Revolution, nicht dieselbe Sprache sprechen wie die Ritter der katholischen Kirche.

Blachere: Wir sprechen nur französisch.
Paul Bert: Nun, basile leune ich bessere Muster. (Heiterkeit läuft.) Die Unterrichtsfreiheit, wie wir sie verneinen, ist wie jede andere Freiheit eine solche, die in der Freiheit des Nebenmenschen ihre Grenze findet. Nach der Auffassung der Kirche ist es aber im Gegenteil eine Freiheit, welche die aller andern ausschließt. Sie will allein im Besitz der höchsten und ewigen Wahrheit sein und ist daher notwendig unduldsam. Redner citiert einige schlagende Belegstellen aus den Schriften des Bischofs von Segur und aus den Allocutionen des gegenwärtigen Papstes, namentlich bei Gelegenheit der Errichtung protestantischer Schulen in Rom. Er hält ihnen die Erklärung der Menschenrechte entgegen, welche die echte Unterrichtsfreiheit proclamirte. Auf diese folgte, fügt er fort, die Errichtung der Universität, eines in seiner Art großartigen Instituts, welches von der Kirche nur deshalb so heftig bekämpft wird, weil es ihr das Monopol des Unterrichts entrifft. Man schlägt die Freiheit des Familienvaters vor; als ob diese etwa bestehen könnte, wenn man der Kirche ihr Lehramonopol wiederabgäbe. In diesem erbitterten Kampfe setzten die Anhänger der Kirche die Gesetze von 1850 (Volkunterricht) und 1875 (katholische Hochschulen) durch. Für uns ergibt sich aber die Unterrichtsfreiheit aus der persönlichen Freiheit; zählt man die Mehrheit dieser persönlichen Freiheiten zusammen, so tritt von selbst der Staat an ihre Stelle. Dieses Prinzip wird durch die Vorlage wieder in sein Recht gesetzt. Sie verleiht die Unterrichtsfreiheit allen denen, welche den Nachweis der nötigen Fähigkeit und Moral geliefert haben; sie versagt sie den offenen Gegnern der modernen Gesellschaft. Man hat aus dem letzten Grunde im Laufe einer Petitionsbewegung eingesetzt.

Baudry d'Asson: Anderthalb Millionen Unterschriften!

Paul Bert: Von dieser Ziffer wird eine beträchtliche Anzahl abzuziehen sein. Unter den Unterzeichnern befinden sich viele Kinder; oft sind eine Menge Unterschriften von derselben Hand geschrieben. Realisch hat man sogar in dem pariser Gefängnissen Unterschriften gesammelt. Was würde aber selbst die Ziffer von anderthalb Millionen beweisen? Berücksichtigt die Majorität dieses Hauses nicht an sechs Millionen Wähler?

Baudry d'Asson: Sie vertreten die in den letzten Tagen liegende Republik.

Präsident: Ein solcher Ausspruch kann, auch aus dem Stegreif gehan, nicht zugelassen werden. Jebermann weiß, daß die Republik lebendig ist und bleiben wird.

Paul Bert: Welche Partei heute im Sterben liegt, das verbietet mir nur der gute Ton zu sagen. Zu seinem Gegenstande zurückkehrend, vertheidigt der Redner noch mit den sattlarn bekannten Gründen das Institut der staatlichen Prüfungsschule und schließt: Man nehme zwei Kinder und lasse das eine eine Staatsanstalt, das andere eine Congregationistenschule, ein Jesuitengymnasium oder eine katholische Universität besuchen. Das eine wird eine durchaus tolerante Erziehung empfangen; das andere wird gelernt haben, daß die Kirche allein forsvorä ist, daß die Grundlagen der modernen Gesellschaft von Häufigkeit angestossen sind, daß die Gewissensfreiheit ein Wahnsturm ist. Aus diesen Widersprüchen entwideln sich die Keime der Bürgerkriege. Wenn unsere Gegner auf meinen Rath hören, nehmen sie die Vorlage an, die noch immer für sie den Boden eines Ausgleichs bietet; es könnte ihnen sonst widerfahren, daß man eins noch weiter ginge und auf sie die Formel Leibniz' anwendete: „Freiheit ist man denjenigen nicht schuldig, welche sich aus ihr eine Waffe machen wollen, um den Hah aller Freiheiten zu lehren.“ (Leibniz' Befall lints.)

Gassonne vertritt den Standpunkt der Rechten. Es sei nicht wahr, daß die Katholiken den Andersgläubigen die Freiheit verfügen wollen. Das Beispiel Belgiens beweise das Gegenteil. Es sei ebenso ungerecht, zu behaupten,

dass die geistlichen Lehranstalten zum Hass gegen die bestehenden Institutionen aufreizen; dafür sei man jeden Beweis schuldig geblieben. Widersprüche in Fragen der Philosophie und Religion werde es immer geben; auf diesem Gebiete könne man nicht von einer Staatsseinheit träumen. Der wahre Ausgleich liege in den Gesetzen von 1850 und 1875, die sich bisher vortrefflich bewährt hätten. Redner wiederholt noch einige schon von dem Abg. Boyer beigebrachte Argumente und muß, nachdem er noch eine bei Gelegenheit der Petitionen zu Gunsten des Heiligen Stuhles im Jahre 1871 von Hrn. Thiers gehaltene Rede citirt, der vorigelikten Stunde wegen seinen Vortrag abbrechen.

Großbritannien.

† London, 24. Juni. In fast allen Kirchen Londons ward des Prinzen Louis Napoleon in der Predigt gedacht. Dechant Stanley sagte in Westminster Abbey von dem Verstorbenen Folgendes: „Er hat einen fledenlosen Namen hinterlassen, geehrt und geachtet selbst von seinen Gegnern. Seinen Kameraden und allen englischen Jünglingen hat er das beste der Vermächtnisse hinterlassen, das Beispiel eines treuen und ernstlichen Freundes, das Beispiel eines reinen Lebens und reiner Lippen, wie mir einer erzählt hat, der ihn kannte. Dem Lande, das ihm Obdach gegeben, schenkte er was er konnte: seine Dienste und sein Leben. Ihm war es erlaubt, einen Soldaten zu sterben, der seinem Vater und seinen Vorfahren ver sagt worden war. Lebenslängliche Kämpfe und Versuchungen sind ihm erspart worden.“

Türkei.

Der Kölnischen Zeitung berichtet man aus Berlin vom 25. Juni: „Es wird bestätigt, daß, nachdem der Kedive sich an den Sultan gewandt, dieser mit Verweis auf seine Rechte, welche der frühere deutsche Protest vollkommen gewahrt habe, den Vicekönig anwies, die Mächte zu veranlassen, sich zunächst an den Sultan zu wenden. Nachdem dies geschehen, habe der Sultan die Westmächte eingeladen, ihm die Gründe ihres an den Kedive wegen dessen Abdankung gerichteten Verlangens darzulegen. Dies wird seitdem erfolgt sein.“

Aus Konstantinopel wird dem Reuter'schen Bureau unterm 23. Juni gemeldet: „Es heißt, der Sultan wünsche nicht, daß der Fürst von Bulgarien nach Konstantinopel komme, um seine Investitur zu empfangen. Der nothweneige kaiserliche Herman wird demnach Sr. Hoh. zugesandt werden.“

Aegypten.

Die riener Presse glaubt zu der neuesten Phase der ägyptischen Frage Folgendes als zuverlässig melden zu können:

Der Kedive erklärte bekanntlich, als die Generalconsuln der Westmächte ihm den Rath abgaben, in peremptorier Form ertheilten, er müsse erst den Rath der Pforte einholen, ehe er eine Antwort ertheilen könne, und er erhob sich deshalb eine kurze Bedenzeit. In Konstantinopel wurde auf die nun erfolgende Anfrage des Kedive diesem bedeutet, er möge die Mächte an den Sultan als seinen Oberlehns Herrn, welchem das entscheidende Votum zustehe über Einschaltung und Absehung seines Statthalters in Aegypten, verweisen. Als aber dort die Absehungfrage von Seiten der Westmächte angezeigt wurde, fanden diese vorläufig kein williges Gehör. Man scheint auf der Hohen Pforte wieder einmal beweisen zu wollen, daß nicht die europäischen Vertragsmächte ohne weiteres ihren Willen durchzusetzen in der Lage seien. Die Cabinets würden sich indeß durch die Baudern des Sultans und seiner Rathgeber auf der einmal eingeschlagenen Bahn kaum beirren lassen. In Paris sei man zu entschiedenen Schritten entschlossen und es werde von dorther berichtet, daß selbst die Frage der Abberufung des Botschafters für den Fall der hartnäckigen Weigerung des Sultans, den Absehungserlass zu erlassen, bereits aufgeworfen worden sei.

Königreich Sachsen.

Die 13. öffentliche Plenarsitzung des Sächsischen Landeskulturrathes.

(Schluß aus Nr. 146.)

Die Versammlung geht über zur „Revision einiger Bestimmungen des Eisenbahntransporttarifs“. Referent hierüber ist Rittergutsbesitzer Seiler auf Neuensalz. Referent empfiehlt:

Dass der Landeskulturrath beschließen möge, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, daß hochdieselbe 1) im Bundesrat ein Reichsgesetz beantrage, dahin gehend, daß bis zu einem nicht zu fernen Termine alle Einzelstaaten des Deutschen Reiches die in ihren Grenzen gelegenen Privatbahnen, ausgenommen reine Geschäfts- und Localbahnen, aus Staatsmitteln zu erwerben und für ihre Rechnung in Betrieb zu nehmen haben; 2) ihre Bemühungen darauf richten möge, daß die Classification der Frachtgüter und im besonderen die ganz unverhältnismäßige Begünstigung der 10000-Kiloladungen verlassen und ein den tatsächlichen Transportlasten annähernd entsprechender Tarif für Stückgüter und Wagenladungen für die Eisenbahnen des Deutschen Reiches angenommen werde; 3) die Streichung von Malz und Mähnenfabrikaten aus dem Specialtarif I und Aufnahme dieser Artikel unter die allgemeinen Wagenladungsklassen zu befürworten; 4) daß die königliche Staatsregierung alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anwenden möge, um entweder eine Befestigung der 10000-Kiloladung-Tariffklassen B, I, II, III herbeizuführen oder doch wenigstens die Erhöhung der resp. Frachtfäße, zugleich mit einer Herabsetzung der Stückgutfrachtfäße, resp. Ein-

führung einer zweiten wohlfeilern Stückgutklasse zu erreichen; wenn dieses aber vorläufig nicht möglich sein soll, dann gegen die Einführung einer zweiten ermäßigten Stückgutklasse sich auszusprechen; 5) die königliche Staatsregierung zu eruchen, daß hochdieselbe in Bezug auf den Viehtransport auf den Eisenbahnen möglichste Erleichterungen für die Viehdörfer in Sachsen anordnen und für Deutschland anstreben möchte.

Referent:

Er sei der Ansicht, daß die jetzigen Tarifzustände hoffnunglos seien und auch so lange bleiben würden, bis einmal der „geniale“ Reichskanzler ebenso, wie er jetzt Deutschland aus den Zollwirren gerettet, auch in Bezug auf die Eisenbahnfrachtabweissnisse als Retter dem Volke gegenübertreten würde. Seither habe aus der Handelsgesetzgebung bloß der Handel Gewinn gehabt, der Verkehr aber wenig.

Gutsbesitzer Uhlemann-Görlitz bei Mügeln spricht gegen Punkt 1 als außerhalb der Kompetenz des Landeskulturrathes liegend.

Finanzrath v. d. Planitz, Mitglied der Direction der Königlich sächsischen Staatsbahnen, gibt eine historische Darstellung der Entstehung der Eisenbahn tarife.

Correferent v. Trützschler-Dorfstadt stellt nach langer Debatte folgende Anträge:

Der Landeskulturrath wolle beschließen:

1) Die Einführung einer zweiten Stückgutklasse ist ein entschiedenes Bedürfnis. 2) Die Bestimmung in der allgemeinen Wagenladungsklasse, wonach die Höhe der Fracht per Tonne und Kilometer von dem Rauminhalt und der Tragkraft der am Absenten disponiblen Wagen abhängig ist, ist ein Missstand. 3) Es ist Bedürfnis, daß bei den allgemeinen Wagenladungsklassen sowohl als bei den Specialtariffklassen der niedrige Frachtfuß schon bei Aufgabe von 5000 Kilogramm Anwendung findet.

Von den Anträgen des Referenten Seiler werden die unter 1 und 4 abgelehnt, die unter 2, 3 und 5 gedachten angenommen. Die v. Trützschler'schen Anträge werden allenfalls angenommen.

Über den letzten Gegenstand der Tagesordnung: „Wahrnehmungen bei Anwendung des Einkommensteuergesetzes auf den landwirtschaftlichen Grundbesitz“, referiert Kreissekretär Möbius-Chemnitz:

Die Klagen gegen das diesjährige Einstellungsverfahren des Einkommens aus landwirtschaftlichem Grundbesitz stützen sich darauf, daß im allgemeinen von den Herren Bezirksoffizienten angestrebt und demgemäß Druck auf die stellvertretenden Vorständen und Commissionsmitglieder ausgeübt wurde, möglichst hohe Sätze bei den einzelnen Berechnungen des Einkommens aufzustellen; daß sie die Angaben und Durchschnittssätze der betreffenden landwirtschaftlichen Sachverständigen als ungenügend und unrichtig bezeichneten, sowie daß in den Abschlagscommissionen die Angaben und Mittheilungen der Mitglieder nicht genügend oder gar keine Berücksichtigung fanden; daß endlich die stellvertretenden Vorständen von den eingegangenen Reclamationen sowohl als von den durch die Bezirksoffizienten eingelegten Berufungen gegen die von ihnen geleiteten Einstellungen fast gar keine Kenntniß und Gelegenheit zur Rechtfertigung und Begründung erhalten. Das Einstellungsverfahren des Einkommens aus landwirtschaftlichem Grundbesitz ist im allgemeinen als ein unsicheres, willkürliches und überflächliches zu bezeichnen und kann nur zu Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten führen. Das Verfahren und Drängen, in einem Tage von nur sechs Stunden Arbeitszeit kleinere ländliche Districts bis zu 150 Nummern einzuschlagen, muß zu flüchtiger Prüfung und Erörterung der Unterlagen und Verhältnisse der einzelnen Steuerpflichtigen führen, und ist auch tatsächlich den Commissionsmitgliedern nicht Zeit und Gelegenheit gegeben worden, sich darüber zu äußern oder zu beraten.

Geh. Finanzrath Dr. Diller erklärt, daß die zur Sprache gebrachten Klagen nur aus sehr wenigen Ortschaften laut geworden wären, sowie daß jedermann der Weg der Reclamation offen stände.

Hr. v. Dehschlägel gibt zu bedenken, daß bei dem großen Umfange der Einstellungen hier und da Härten nicht zu vermeiden seien, deren Befestigung übrigens lediglich als Sache der Staatsregierung angesehen werden müsse.

Referent Möbius beantragt, der Landeskulturrath wolle durch eine Commission die laut gewordenen Beschwerden prüfen und nötigenfalls geeignete Schritte thun, für die Folge ähnlichen Uebelständen, wie solche bei der Einstellung des Einkommens aus dem landwirtschaftlichen Grundbesitz in jedem Jahre zu Tage treten, vorzubereiten.

Der Landeskulturrath läßt es unter Ablehnung dieses Antrages bei den erfolgten Mittheilungen beenden.

Hiermit war die Tagesordnung der 13. Plenarsitzung des Landeskulturrathes erledigt.

† Leipzig, 26. Juni. Die Stadtverordneten beschlossen in ihrer gestrigen Sitzung, ihr Collegium durch fünf seiner Mitglieder bei der Eröffnung des Reichsgerichts vertreten zu lassen; ein Gleicher wird seitens des Rathes geschehen. Zur Gründung der Pfeiler für eine in der verlängerten Bismarckstraße anliegende Brücke wurde die Summe von 27000 M. verwilligt; bezgleichen über 123000 M. zur Schaffung der geplanten Straßen im Südwesten der Stadt, auf dem Boden des ehemaligen Botanischen Gartens etc.; ferner stimmt man dem Ratheschluß zu, den Peterssteinweg vom Römischen Hause bis zur Albertstraße neu zu pfosten, und verwilligte 39906 M. zum Umbau der Schleuse in der Windmühlenstraße sowie 67257 M. zur Neupflasterung der genannten Straße. Dagegen sah man den Beschluss

Über Verbreiterung der Schloßbrücke (Kosten über 31000 M.) aus bis zur Erledigung der Frage über Regulierung des Obstmarktes und des anstehenden Areals. Dem Regulativ über die Erhebung der Anlagen für die evangelisch-lutherischen Kirchen der Stadt stimmt man zu, beantragt jedoch, daß die im Besitz des Deutschen Reiches befindlichen Grundstücke nicht befreit werden. Nicht abgeneigt erklärt man sich der Verpachtung der Flutrinne an den neuen Militärschießständen zur Mitbenutzung bei den Geschäftsschießübungen, knüpft jedoch die Bedingung daran, daß die sächsische Sparte des Areals der Pleißenburg an die Stadt abgetreten werde. Bei der Rechnung des Krankenhauses für 1876 genehmigt man nachträglich die vorgekommenen Überschreitungen. Der Antrag des Ausschusses, der Rath möge einen gemischten ständigen Krankenhausausschuß bilden, ward nicht angenommen.

Aus Leipzig vom 25. Juni berichtet die Leipziger Volks-Zeitung: „Wer am gestrigen Johannistage den Neuen Friedhof durchwanderte und die fünfte Abteilung, linke Seite, besuchte, wird auf dem noch frischen Hügel des vor einigen Tagen dort beerdigten Assessors Bausch ein Zeichen sinniger Liebesbekämpfung erblicken haben. Es war dies ein Lorbeerkrantz mit weißer Atlaschleife, welche die Worte zierten: „Herrn Maximilian Bausch, Assessor des Polizeiamtes zu Leipzig. Dem treuen und gerechten Beamten, dem Menschenfreunde (gestorben am 16. Juni 1879), gewidmet von Arbeitern Leipzigs.““

Die Frankfurter Zeitung bringt aus Sachsen eine Mittheilung, für die wir ihr natürlich die Verantwortung überlassen müssen. Danach bereite sich innerhalb der sächsischen Fortschrittspartei eine durchgreifende Aenderung vor. Bei der letzten Vorstandswahl wäre die bisherige „gemäßigte“ Schaffrath-Windwitz-Sarste'sche Richtung unterlegen und an ihre Stelle die stark demokratisch gefärbte Wigard'sche Richtung getreten. Der neue Vorsitzende Professor Wigard soll nun demnächst den Landesausschuß der Partei zu berufen beabsichtigen, um ihn aufzulösen und daran eine Landesversammlung der sächsischen Fortschrittspartei zu schließen, bei der es zu einer Auseinandersetzung der national-liberalen (?) und demokratischen Elemente innerhalb der Partei kommen würde.

Aus Leipzig vom 25. Juni berichtet die Leipziger Zeitung: „Unter Vorsitz des Amtshauptmanns Geh. Regierungsrat Dr. Blahmann, als Regierungscommissars, hat dieser Tage eine Konferenz in Bezug auf die projectirte Verbindung unserer Flüsse mit dem Saale durch Kanalisierung stattgefunden, wobei ein vom Baurath Dr. Oskar Wolpert gefertigtes Relief der Commission vorgelegt war. Die Konferenz erfolgte auf eine Anfrage der königlich preußischen Regierungsbehörde in Merseburg, welche von dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten Auftrag zum Angriff der allgemeinen Vorarbeiten zur Errangung der technischen Unterlagen für die Herstellung des Kanals erhalten und sich zunächst um eine commissarische Beratung über die Gewinnung eines zweckmäßigen Ausgangspunktes, wo also der Hafen für Leipzig angelegt werden sollte, an die königlich sächsische Regierung gewendet hatte. Früher hatte man Modern dasfür im Auge gehabt, wegen der Rath und die Handelskammer zu Leipzig abschuld erklärt, daß nur ein in nächster Nähe der Stadt befindlicher Hafen den Interessen der Stadt entsprechen könne. An dieser Erklärung hielten beide auch diesmal fest, und es wurde als die geeignete Stelle der Wiesencomplex nahe der Schwimmanstalt vor dem Frankfurter Thore mit einem Beihafen für Handelsgüter in der Nähe des Fleischerplatzes und mit einer Wasserleitung nach dem Hafen des künftigen Elster-Ebelanals, in Vorschlag gebracht. Nach Besinden soll in dieser Angelegenheit noch eine zweite Konferenz abgehalten werden.“

Handel und Industrie.

+ Berlin, 25. Juni. Bekanntlich ist von Seiten Deutschlands der gegenwärtig in London tagenden Internationalen Telegraphenkonferenz ein Vorschlag unterbreitet worden, welcher darauf hinzieht, die jetzigen unverhältnismäßig hohen Taxen für Benutzung des Telegraphen im internationalen Verkehr zu ermäßigen und einen vereinfachten Tarif einzuführen, der für alle Staaten gleichmäßige Berechnungsgrundlagen feststellt. Wie sehr eine Herabsetzung der internationalen Telegraphengebühren im Bedürfnisse liegt, ergibt ein Blick auf die Unzahl und die Verschiedenartigkeit der gegenwärtig gültigen Tarife. Beispielsweise kostet ein Telegramm von 20 Wörtern von Petersburg nach Madrid 18 Frs. 50 C., von Stockholm nach Konstantinopel 18 Frs. 50 C., von Christiania nach Lissabon 13 Frs., von Stockholm nach Madrid 11 Frs., von London nach Athen 12 Frs., von Amsterdam nach Moskau 9 Frs., von Berlin nach London 7 Frs. 50 C. Es sind dies unerhört hohe Beträge, welche die Benutzung des Telegraphen erschweren und deren Beibehaltung mit der heutigen Entwicklung des Verkehrs in entschiedenem Widerspruch steht. Nachdem verschiedene europäische Staaten, darunter namentlich auch Deutschland, Frankreich, Österreich-Ungarn, Belgien und die Niederlande, durch den Abschluß von Einzelverträgen auf eine Ermäßigung der Taxen für den gegenseitigen Depeschendienst mit Erfolg hingewirkt haben, liegt es im Interesse aller, diese bereits erprobten Tarifgrundlagen für den internationalen Verkehr allgemein zur Geltung zu bringen. Es darf daher der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß es trotz der aufgetauchten Schwierigkeiten und fiskalischen Bedenken der Londoner Konferenz doch noch gelingen werde, die Tariffrage einer Lösung entgegenzutragen, welche den seit einem Jahrzehnt auf diesem Gebiete bestehenden Stillstand beendet und das schnellste Verkehrsmittel der Neuzeit befähigt, seine Kulturaufgaben erstaunlicher zu erfüllen.

— Aus Braunschweig schreibt man uns: „Seit 30 Jahren bereits hat Professor Knapp am hiesigen Polytechnikum an der Aufgabe gearbeitet, die Höhe durch chemische Stoffe zu erreichen, nachdem sich herausgestellt, daß die Kohlerezeugung mit dem zunehmenden Verbrauch nicht gleichen Schritt zu halten im Stande ist. Endlich ist ihm dies auch gelungen. Die neue Weise ermöglicht im Vergleich zur Kohlerezeugung erhebliche Ersparnisse an Zeit und Geld und gestattet, die bisher gebräuchlichen vegetabilischen Rohstoffe durch chemische Präparate zu ersetzen. Die Fabrikate zeigen sich in zahlreichen sorgfältig angestellten Probeversuchen als von ausgezeichnetem Haltbarkeit und Güte. Leider aber fehlt es an Unternehmungsgeist und Rücksicht auf Seiten der Vertreter der Kohlerezepte, selbstthätig das neue Verfahren zu erproben, obwohl doch seit Jahren laute Klagen über die Notlage des Gewerbes erschollen. Die Russen haben sich des neuen Verfahrens bemächtigt. In Petersburg ist eine große Fabrik nach dem neuen Verfahren in Tätigkeit und mit gutem Erfolge. Nach dem Knapp'schen Verfahren würde der Leistung eines Centners Kohle von 9 Pf. Gerbezahl äquivalent sein. In einer Prognose von Gottsieden wird der Preis von 1 Kilogramm Gerbezahl auf 67,20 Pf. angegeben. Hierauf würden also bei Anwendung des Knapp'schen Verfahrens 108,811084 Cr. Eisenpfund erforderlich gewesen sein, um denselben Erfolg zu erzielen wie mit der jährlich für 9,068636 M. durchschnittlich vom Auslande bezogenen Kohle, und zwar mit einem Kostenaufwand von nur 3,664778 M. 16 Pf., was eine Erbsparnis von 5,403907 M. jährlich ergibt. Unbegreiflich ist es nach alledem, daß eine jedenfalls so wichtige Erfindung in denjenigen Kreisen, denen sie möglicherweise zu nicht unbedeutendem Gewinne verhelfen könnte, nicht mindestens einer Beachtung gewidmet worden ist. Allein bis jetzt hat kein einziger Fabrikant es der Mühe wert erachtet, das, was die schwärmenden Russen bereits acceptirt haben, auch nur zu prüfen.“ Indem wir das Obige veröffentlichen, wollen wir wenigstens unsererseits, soweit wir können, zur Inbetrachtnahme jener angeblich so nützlichen Erfindung beitragen.

* Bremen, 25. Juni. Petroleum steigend. (Schlußbericht.) Standard white loco 7,10, per Juli 7,20, per August 7,30, per September-December 7,60.

* Anwerpen, 25. Juni. Petroleum markt. (Schlußbericht.) Raffinates, Type weiß, loco 17 $\frac{1}{2}$, bez. 17 $\frac{1}{2}$, Br., per Juli 17 $\frac{1}{2}$, Br., per September 18 $\frac{1}{2}$, Br., per September-December 18 $\frac{1}{2}$, bez. 18 $\frac{1}{2}$, Br. Fest.

* Glasgow, 25. Juni. (Rohöl.) Mixed numbers warrants 41 Ch.

* Liverpool, 25. Juni. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 7000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Amerikanische $\frac{1}{2}$, D. billiger. Middle Americanische Juni-Juli-Lieferung 6 $\frac{1}{2}$, Juli-August-Lieferung 6 $\frac{1}{2}$, D.

Börsenberichte.

* Berlin, 26. Juni, 12 Uhr 10 Min. Eröffnungscurse. Ost. Creditact. 460,-, Ost.-Franz. Staatsb. 490,-, Ost. Südbahn (Lomb.) 154,50, Berg.-Märk. 89,75, Köln-Mindener 134,75, Galiz. Karl.-Ludwigsb. 108,-, Rhein. 124,75, Rumän. 31,75, Disconto-Comm. 149,75, Königs- und Laurahütte 71,75, Ost. Post v. 1860 121,10, do. Goldrente 68,30, do. Silberrente 59,20, do. Papierrente 58,20, Russ. Auf. v. 1877 88,10, do. Baufl. 199,75, Deutsche 120,-, Ung. Goldrente 81,60, Tendenz: ziemlich fest.

Aus Wien bekannte Kurse von 11 Uhr 10 Min. vorm.

Ost. Creditact. 262,50, Ost.-Franz. Staatsbankact. 279,70,

Ost. Südbahn (Lomb.) 93,60, Galiz. Karl.-Ludwigsb. 244,75,

Ost. Goldrente 77,60, Deutsche Marknoten 56,95, Rapoleonsb'dr 9,23 $\frac{1}{2}$, Tendenz: fest.

Aus Wien bekannte Kurse von 11 Uhr 10 Min. vorm.

Ost. Creditact. 262,50, Ost.-Franz. Staatsbankact. 279,70,

Ost. Südbahn (Lomb.) 93,60, Galiz. Karl.-Ludwigsb. 244,75,

Ost. Goldrente 77,60, Deutsche Marknoten 56,95, Rapoleonsb'dr 9,23 $\frac{1}{2}$, Tendenz: fest.

* Berlin, 25. Juni, 3 Uhr 2 Min. Fonds. Deutsche Reichsanleihe 99,10, 4proc. preuß. consol. Auf. 99,-, 3proc. sächs. Rente 76,20, Ost. 1860er Poste 121,20, do. Papierrente 58,-, do. Silberrente 59,20, do. Goldrente 68,20, Ungar. Goldrente 81,90, Russ. consol. 1877er Auf. 88,50, do. Prämienanleihe 149,60.

* Bankaktion. Allg. Deutsche Creditanst. 129,25, Chemn. Bank. 81,50, Coburger Credit. 71,-, Darmst. B. 128,75,

Deutsche B. 119,-, Deutsche Reichsb. 155,25, Disconto-Comm. 150,50, Dresden. B. 112,25, Geraer B. 85,75, do. Handels- u. Creditb. 40,25, Gothaer B. 96,-, Leipziger Disconto-ge. 70,75, Meining. Creditanst. 81,75, Überlaus. B. 71,90, Sächs. B. 109,25, Schönb. B. 22,50, Thüring. B. 80,25, Weimar. B. 36,75, — Ost. Creditanst. 462,-.

* Industrieaktionen. Gelsenkirchen 98,50, Königs- u. Laurahütte 71,75.

* Eisenbahnaktionen. Auffig.-Tepl. 159,90, Berg.-Märkische 89,90, Berlin-Anh. 92,80, Berlin-Borsb.-Magdeb. 92,75,

Breslau-Schweidnitz-Freib. 78,25, Berlin-Stettin 107,40,

König.-Ludwigsb. 134,75, Galiz. Karl.-Ludwigsb. 108,-, Halle.-Sorau.-Guben 14,-, Magdeb.-Halberst. 139,90, Mainz-Ludwigsb. 74,90, Ober-schles. La. A 150,50, Prag-Turnau 40,75, Ost.-Franz. Staatsbahn 492,50, do. Nordwestb. 218,-, do. südl. Staatsb. 154,-, Rhein. 125,25, Rumän. 31,90, do. Stamm-prior. 89,-, Thür. 131,-, Weimar-Gera Stamm-prior. 22,50.

* Sorten. Napoleonb'dr 16,22, Ost. Banknoten 175,70, do. Silbergulden 175,-, Russ. Banknoten 199,80.

* Wechsel. Petersburg f. S. 199,80, do. 3 M. 198,80, Wien f. S. 175,40, do. 2 M. 174,45.

* Frankfurt a. M., 25. Juni. Schlußcurse: Londoner Wechsel 20,455, Wiener Wechsel 175,30, 3proc. Sächsische Rente 76 $\frac{1}{2}$, Ost. Papierrente 58 $\frac{1}{2}$, do. Silberrente 59 $\frac{1}{2}$, do. Goldrente 68 $\frac{1}{2}$, Staatsb. 245 $\frac{1}{2}$, Lomb. 77 $\frac{1}{2}$, Galiz. 215 $\frac{1}{2}$, Ost. Creditact. 230, Darmstäd. Bankact. 129, Deutsche Reichsbank 155 $\frac{1}{2}$.

* Frankfurt a. M., 25. Juni, 5 Uhr 50 Min. Effecten-Societät: Creditaktion 229, Franzosen 244 $\frac{1}{2}$.

* Hamburg, 25. Juni. Silberrente 59 $\frac{1}{2}$, Goldrente 68 $\frac{1}{2}$, Creditact. 228 $\frac{1}{2}$, 1860er Poste 121 $\frac{1}{2}$, Franz. 61,1, Lombard 192, Ital. Rente 80 $\frac{1}{2}$, 1877er Russen 88 $\frac{1}{2}$, Vereinsbank 121 $\frac{1}{2}$, Laurahütte 70 $\frac{1}{2}$, Commerzbank —, Norddeutsche 145 $\frac{1}{2}$, Intern. Bt. —, Amerik. 95 $\frac{1}{2}$, Köln. M. 134 $\frac{1}{2}$.

* Wien, 25. Juni. Schlußcurse: Papierrente 66,88, Silberrente 67,90, 1860er Poste 126,-, Nordwestb. 125,50, Bankact. 826,-, Creditact. 262,-, Anglo-Aust.-Bank 125,-, London 116,-, Silberagio 100,-, Ducaten 5,47, Napoleonb'dr 9,23, Galiz. 244,90, Staatsbahn 280,-, Lomb. 88,-, Goldrente 77,60, Deutsche Reichsbank 56,90.

* London, 25. Juni. Consol 97 $\frac{1}{2}$, Ital. 5 proc. Rente 80 $\frac{1}{2}$, Lomb. 7 $\frac{1}{2}$, 3proc. 1877er Russen 85 $\frac{1}{2}$, do. 1872er 1.

85 $\frac{1}{2}$, do. 1873er 85 $\frac{1}{2}$, Silber —, 1865er Türf. Anteile 11 $\frac{1}{2}$, 1869er do. —, Sproc. Amerik. 105 $\frac{1}{2}$, Ost. Silberrente 60 $\frac{1}{2}$, Papierrente 57 $\frac{1}{2}$.

* Berlin, 25. Juni. Weizen per loco 170—205, per Juni-Juli 183,—, per Herbst 191,—, Roggen: loco 120,—, per Juni 118,—, per Juni-Juli 118,—, per Herbst 126,—, Künd.: 5, Tendenz: behauptet. Spiritus: loco 58,60, per Juni-Juli 52,90, per Juli-Aug. 52,90, per Aug.-Sept. 53,50, Kündigung: —, Tendenz: ruhig. Rübbel: loco 56,50, per Juni 56,30, per Herbst 56,60, Kündigung: 1, Tendenz: matt. Hafer: per Juni 126,—, per Juni-Juli 126,—.

* Leipziger Produktionsbörse vom 26. Juni mittags 1 Uhr. Witterung: Heiß. Weizen per 1000 Ro. netto loco 194—198 M. bez., geringer 165—175 M. bez. u. Br.; unverändert. Roggen per 1000 Ro. netto loco 140—144 M. bez., fremder 124—136 M. bez. Mais per 1000 Ro. netto loco rumänischer 120 M. bez., amerikanischer 117 M. bez. Raps per 1000 Ro. netto loco —. Rapsflocken per 100 Ro. netto loco —. Rübbel per 100 Ro. netto loco 57,50 M. bez., per Juni-Juli 58 M. Br., per September-October 58 M. Br.; unverändert. Spiritus per 1000 Ro. netto loco 55,50 M. bez. u. Br.; höher.

* Leipzig, 26. Juni. Die Börse verharrte in der festen Haltung, welche sie während der letzten Tage gehabt hatte, auch heute ohne Unterbrechung. Sie befand sich hierbei vollständig im Einflange mit den übrigen Plätzen, die gestern im Fahrwasser der Haufe gesetzelt und weitere Erfolge erzielt hatten. Das Geschäft entwickelte sich zu einem mäigen Umfang, die Umsätze erstreckten sich nur auf einige Effectenklassen in bemerkenswerther Weise und waren in verschiedenen Fällen Kurssavancen zu verzeichnen.

Deutsche Staatsfonds ziemlich belebt, insbesondere wurde in 4proc. preußischen Consols viel gehandelt. Ausländische Fonds geschäftsflos.

Eisenbahnaktionen fest und theilweise höher. Im Hintergrunde der Nachfrage standen Magdeburg-Halberstädter, Thüringer, Köln-Mindener, Ober-schlesische, Bautzner und Bergische, in welchen auch ansehnliche Umsätze stattfanden. Turnauer und böhmische Nordbahn gefügt.

Die Stammprioritäten blieben unbeachtet.

Bankaktionen recht fest, aber unbeklebt. Leipziger Credit leidlich behauptet, Deutsche Bank recht fest, ebenso Coburger und Sächsische Bank.

Von den Industrieaktionen waren Glazig niedriger begehrt; für Jürgens zeigte sich guter Begehr. Immobilien wurden mehrfach umgefechtet.

Prioritäten belebt, namentlich Turnauer III in Posten gehandelt.

Neueste telegraphische Depeschen.

* Rom, 25. Juni. Fürst Alexander von Bulgarien ist heute hier eingetroffen und auf dem Bahnhofe von einem Adjutanten des Königs und den Botschaftern Deutschlands und Russlands mit dem Personal der beiden Botschaften empfangen worden. Der Fürst hat im Palais der deutschen Botschaft Wohnung genommen.

* London, 25. Juni abends. Unterhaus: Bei der Fortsetzung der zweiten Lesung der irischen Universitätsbill, welche unter anderem von den Deputirten Phelan und Gibson bekämpft und von Forster befürwortet wurde, erklärte der Staatssekretär des Innern, Groß, die Bill in ihrer gegenwärtigen Fassung sei unannehmbar für die Regierung. Morgen werde die Regierung im Oberhause selbst eine Bill beantragen, in welcher ihre Ansichten über den in Rücksicht stehenden Gegenstand zum Ausdruck gelangen würden. Der Deputirte O'Connor brachte hierauf einen Antrag auf Beratung der Debatte ein. Der Marquis Hartington unterstützte diesen Antrag. Harcourt sprach sich missbilligend über das Verfahren der Regierung aus. Der Schatzkanzler Northcote rechtfertigte das Verhalten der Regierung und erklärte, daß sie sich der Errichtung einer dritten Universität, affiliierter Colleges und der Dotirung eines confessionellen Unter richts widersetze.

* London, 26. Juni. Ueber die Verhandlungen mit dem Khedive erfährt die Times aus Kairo vom 25. Juni: „Die Generalconsuln teilten dem Khedive mit, die P

irf. Künste
D. Sch.

Leipziger Börse.

26. Juni.

Wechsel.

Amsterdam pr. 100 Ct. n.	k. S. p. 8 T.	185,65 G
Brüssel und Antwerpen pr. 100 Fos.	k. S. p. 8 T.	82,90 G
London pr. 1 L. Sterl.	k. S. p. 8 T.	82,45 G
Paris pr. 100 Francs	k. S. p. 8 T.	82,44 G
Petersburg p. 100 Silb. Rubel	k. S. p. 8 T.	82,35 G
Warschau p. 100 Silb. Rubel	k. S. p. 8 T.	82,35 G
Wien pr. 100 fl. in Oesterl. Währ.	k. S. p. 8 T.	175,40 G
		175,70 G

Deutsche Fonds.

Deutsche B.-Anl. 1877 v. 5000-2000 fl. 4%	Zins-Term.	1/4, 1/10	99,30 bs
do. do. do. v. 1000 fl. 4%	do.	99,30 bs	
do. do. do. v. 500-200 fl. 4%	do.	92,50 G	
g. S. Rentenanzl. v. 1876 v. 1000-3000 fl. 3%	1/1, 1/7	76,20 heft & G	
do. do. do. do. 3	1/1, 1/10	76,20 heft & G	
do. do. do. v. 1000 fl. 3%	1/1, 1/7	76,20 heft & G	
do. do. do. do. 3	1/1, 1/10	76,20 heft & G	
do. do. do. v. 500 fl. 3%	1/1, 1/7	76,20 heft & G	
do. do. do. do. 3	1/1, 1/10	76,20 heft & G	
do. do. do. v. 300 fl. 3%	1/1, 1/7	75,50 G	
do. do. do. do. 3	1/1, 1/10	75,50 G	
do. do. do. v. 300 fl. 3%	1/1, 1/7	75,50 G	
do. do. do. do. 3	1/1, 1/10	75,50 G	
do. do. do. v. 300 fl. 3%	1/1, 1/7	75,50 G	
do. do. do. do. 3	1/1, 1/10	75,50 G	
g. S. St.-Anl. v. 1890 v. 1000 fl. 500 fl. 3%	1/4, 1/10	97 G	
do. - 1830-200 fl. 25% fl. 3%	do.	97 G	
do. - 1845-200 fl. 25% fl. 3%	do.	87,50 B	
do. - 1847-200 fl. 25% fl. 3%	do.	100 B	
do. - 1852-25 fl. 500 fl. 4%	1/1, 1/7	100,10 bs	
do. - 1869-500 fl. 4%	do.	100,10 bs	
do. - 1870-500 fl. 4%	do.	100,15 bs	
do. - 1870-500 fl. 4%	do.	100,20 G	
do. - 1870-500 fl. 4%	do.	100,60 G	
do. - 1870-500 fl. 4%	do.	99,90 G	
do. - 1867 abg. abs. 5% Z.S.I. 4%	do.	99,90 G	
do. - 1867 abg. abs. 5% Z.S. II 4%	do.	99,90 G	
do. Löb-Zittau Lit. A. & 100 fl. 31/2	do.	91,75 G	
do. do. B. & 25% fl. 4%	do.	98,75 G	
do. Act. d. S.-Schl. E. & 100 fl. 4%	do.	106,50 B	
do. Albb.-Pr. I. u. II. & 100 fl. 4%	do.	103 G	
do. do. III. E. & 100 fl. 4%	1/4, 1/10	103 G	
do. do. 300 fl. 31/2	do.	90,10 G	
do. do. - 100 fl. 31/2	do.	90,30 B	
do. L.-Cult.-Rentsch. S. I. & 500 fl. 4%	1/1, 1/7	99,50 B	
do. do. - II. & 100 fl. 4%	do.	99,25 G	
Erbl.Ritter.Cr.-V.Pfdbr. & 500 fl. 4%	31/2	85,10 G	
do. do. v. 100-25% fl. 31/2	do.	85,10 G	
do. do. 100-25% fl. 31/2	do.	89,75 G	
do. do. 100-25% fl. 31/2	do.	89,75 G	
do. do. 100-25% fl. 31/2	do.	88,45 G	
do. do. - 100-25% fl. 31/2	do.	88,30 G	
Ldw.Cr.-V.Pfdbr.verib.18665000 fl. 4%	do.	97,25 G	
do. do. v. 1867 v. 50-25% fl. 4%	do.	97,25 G	
do. do. kündbare - 300-25% fl. 4%	1/4, 1/10	99 G	
do. do. v. 100-10% fl. 31/2	do.	81 G	
do. do. - 100-10% fl. 31/2	do.	86 G	
do. do. kdb. 5Mon.v. 1000-50 fl. 4%	do.	98,50 G	
do. do. v. 1000-10% fl. 4%	do.	98,40 G	
do. do. verlob. v. 1000-10% fl. 4%	do.	98,50 G	
do. do. kdb. 12 M. v. 1000-10% fl. 4%	do.	99,50 G	
do. do. 1880-500 u. 100 fl. 4%	do.	101,50 G	
Pfandb. d. A. D. Cr.-A. v. 1000-300 fl. 4%	do.	102,75 G	
do. do. & 100 fl. 4%	do.	104,25 G	
Alld.Comm.Bk.f.d.K. 500 fl. 4%	do.	97,50 G	
do. do. v. 1000-300 fl. 4%	do.	102,50 G	
Pfd.b. Pr.Ctr.B.Cr.A. v. 1000-50 fl. 4%	do.	103,90 bs	
do. do. & 110% fl. 4%	do.	110 G	
do. do. & 110% fl. 4%	do.	104,10 G	
Hyp.A.-Schd.G.-Cr.-Bk. 5000-50 fl. 4%	1/4, 1/10	98,75 G	
Pfd.b. d.Hyp.-Act.-Bk. 120-Fl. 4%	1/1, 1/7	99,75 G	
Pfd.b. d.Hyp.-Act.-Bk. 120-Fl. 4%	Div.	100,50 G	
Pfd.b. Sudd.Bod.-Cr.-B.v. 1000-100 fl. 4%	III. Serie 5	105,10 G	
do. do. IV. u. V. S. 41/2	Div.	100,30 G	
Schildsch. d. Mansf. Gewksch. v. 300 fl. 4%	1/1, 1/7	101,50 B	
do. do. v. 1000-200 fl. 4%	30/31/2	103 B	
do. do. H. 1875 v. 5000-500 fl. 5%	do.	104,40 B	
Leips. Hyp.-Bk.-Sch. v. 500-50 fl. 4%	1/4, 1/10	90 G	
do. do. - 500-50 fl. 4%	do.	94 G	
do. do. - 500-50 fl. 4%	do.	95,50 G	
do. do. Stadt-Obligat. 100 u. 50 fl. 3%	1/1, 1/7	94,50 G	
do. do. - 500-50 fl. 4%	do.	99,75 G	
Dresdner do. 2000-500 fl. 4%	1/4, 1/10	103,80 G	
do. do. - 500-50 fl. 4%	1/1, 1/7	106 B	
Chemnitzerdo. - 1500-300 fl. 4%	do.	103 B	
do. do. - 1000-50 fl. 4%	do.	104,75 bs & B	
Kasseler Stadt-Anleihe v. 1879 4%	1/2, 1/8	95,70 B	
K. Preuss.St.-Schuldscrh.v. 1000-25 fl. 31/2	1/1, 1/7	93,50 G	
do. do. cons. - 3000-200 fl. 4%	do.	99,10 G	
Hamburg-Staats-Bente 2000-500 fl. 31/2	1/4, 1/10	106,10 G	
Gr.-Herrn-Bad.-Prüm.-Anl. & 100 fl. 4%	1/2, 1/8	96,40 G	
K. Bairische do. & 100 fl. 4%	1/2, 1/8	100,75 bs	
K. B. St.-Eisenb.-Anl.v.1000-200 fl. 4%	diverse	98,85 bs	
Fr.-Pfd.b. d.D.G.-Cr. Bk. I. S. & 100 fl. 4%	1/1, 1/7	111,25 G	
do. do. II. & 100 fl. 4%	do.	109 B	
do. III.S.v.1000-100 fl. 110% rück. 5%	do.	103,70 B	
do. III. S. v. 1000-100 fl. 110% rück. 5%	do.	103,70 B	
do. v. 1000-100 fl. 110% rück. 5%	do.	96,80 B	
Fr.-Pfd.b. d. Hyp.-Bk. Main. & 100 fl. 4%	1/2	114,50 G	
Braunschw. 20-Thir.-Loose	-	87,75 G	

Bank-Disconto.

Amsterdam 3%	Brüssel 3%	London 2%
Paris 2%	Petersburg 6%	Reichsbank 3%

Wien 4%

Sorten.

Vollwicht. Preuss. Friedrichsdorfer	pr. Stück	16,40 G	
K. Russ. wicht. 1/2 Imperials & 5 Rubel	do.	16,72 B	
20 Franco-Scheine	per 500 Gramm	16,23 G	
Kaiserliche Ducaten	pr. Stück	9,65 B	
Gold pr. Zollfund fein	do.		
Zerschnitten Ducaten pr. 500 Gramm brutto	do.		
Silber pr. Zollfund fein	do.		
Österreichische Silbergulden . . . pr. 100 fl. Ost. W.	do.		
do. 2 Gulden	do.		
do. Silbercupr. v. Staatssamml. do. do.	175,10 G		
do. v. w. v. 1000-500 fl. 4%	do.		
do. Bank- und Staatsnoten do. do.	175,10 G		
Gussische Banknoten	pr. 100 fl. Ost. G.	195,75 G	
Noten derjenigen Banken, welche sich dem Reichsbank-Gesetz nicht unterworfen haben	do.		

Eisenb.-Stamm-Act. % Div. 75 Zins-Term

Altenburg-Zeile & 100 fl. 4%	1/1	94 B
Augsbg.-Teplitz & 200 fl. P. 4%	11	do. 150 G
Bergisch-Märkische & 100 fl. 4%	4	do. 89,90 be & G
Berlin-Anhalt & 200 fl. 4%	5	1/1, 1/7 92,50 G
Berlin-Dresden & 100 fl. 4%	0	1/4, 78

Berlin-Görlitzer 100 fl. 4%	0
<td

MEY & EDLICH, 9 Neumarkt, Leipzig.

Wir machen hierdurch bekannt, dass wir in unserem Detail-Geschäft

Shirtungs, Chiffons und Hemdentuch (Dowlas)

in ganzen Stücken von circa 60 Metern und halben Stücken von circa 30 Metern zum Verkauf bringen. Einzelne Meter werden nicht abgegeben.

Wir haben uns entschlossen, diese für den Haushalt unentbehrlichen Artikel in **bester Qualität zu den billigsten Preisen** direct aus erster Hand an das Publicum zu verkaufen. Wir sehen streng darauf, dass die Stoffe aus den dem Preis und dem Zweck entsprechenden besten Qualitäten Baumwolle gewebt werden und dass die Ware in den Bleichen nicht mit scharfen ätzenden Substanzen behandelt wird, so dass sie sich positiv gut und dauerhaft erweisen muss. Shirtings von 26 Pfennige per Meter an, Chiffons von 38 Pfennige per Meter an, Hemde.tuch von 37 Pfennige per Meter an.

Da es Thatsache ist, dass man diese Artikel in ihrer Qualität nur dann beurtheilen kann, wenn man sie **gewaschen** hat, weil jetzt das vollendete deutsche Appreturverfahren selbst geringe Qualitäten für das Auge schön ausstaltet, so werden wir den Damen, welche sich für unsere Artikel interessieren sollten, nicht allein die Ware im apprötirten Zustande, sondern auch **ausgewaschene Proben** vorlegen lassen, wodurch die vorzügliche Qualität sämmtlicher Nummern sofort klar bewiesen wird.

Verkauf nur per Cassa und ohne jedweden Abzug.

MEY & EDLICH, 9 Neumarkt, Leipzig.

Soeben erschien das 172. Heft von Brodhaus' Conversations-Lexikon.

Zwölftes Ausgabe.

180 Hefte zum Subscriptionspreise von 50 Pf.

Das Werk ist auch in 15 Bänden (Preis des Bandes geb. 6 Mark, in Halbfranzband 7½ Mark) zu beziehen. Der erste bis vierzehnte Band (V-Bega) liegen bereits vollständig vor.

Unterzeichnungen nehmen alle Buchhandlungen an.

Unterzeichnete lädt hierdurch zum Abonnement auf das

Geraische Tageblatt

ergebenst ein.

Das "Geraische Tageblatt" ist in den Fürstenthümern Reuß, den Thüringischen Staaten und angrenzenden Ländern überall verbreitet.

Der Vierteljahrspreis für das wöchentlich 6 Mal in großem Format erscheinende Geraische Tageblatt beträgt nur

1 Mark 50 Pfennig.

Inseraten ist im Geraischen Tageblatt der beste Erfolg gesichert, die viermal gespaltene Corpuseite wird mit 12 Pfsg. berechnet.

[1296-98]

Expedition des Geraischen Tageblattes.

Carola-Theater

unter Direction von Julius Hofmann.

Freitag, 27. Juni. 17. Vorstellung im Abonnement. Zum letzten male: Fidelio. Oper in 2 Aufzügen von Beethoven.

Sonnabend, 28. Juni. 18. Vorstellung im Abonnement. Zum zweiten male: Alimira. Singpiel in 3 Handlungen von Händel. Hierauf: Zum zweiten male: Der Schauspielsdirector, oder: Mozart und Schikaneder. Komische Operette in 1 Aufzuge, bearbeitet von L. Schneider, Musik von Mozart.

Sonntag, 29. Juni. Vorstellung mit aufgehobenem Abonnement. Zum letzten male: Don Juan. Oper in 2 Aufzügen von W. A. Mozart (mit Original-Recitativien.)

Tagesbilletverkauf Vormittags von 10 bis 1 Uhr, Nachmittags von 3 bis 5 Uhr, Nicolostr. 1 Parterre.

Abends 6 Uhr im Carola-Theater.

Cassel.

Hotel Schirmer,

durch billigste, solideste Bedienung bestens empfohlen. Zimmer von 2 Mark an. Licht und Bedienung werden nicht berechnet. Omnibus am Bahnhof. (H. 61407)

Leipziger Tageskalender vom 27. Juni.

Del Bechio's Kunstausstellung (Kaufhalle 9-5 Uhr).

Berantwortlicher Redakteur: Prof. Dr. Karl Biedermann in Leipzig. — Herausgeber: Dr. Eduard Brodhaus in Leipzig. — Druck und Verlag von F. A. Brodhaus in Leipzig.



Oberschlesische Eisenbahn.

Nachdem die Königliche Staats-Regierung zu der in der Generalversammlung der Actionäre der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft vom 18. März 1879 beschlossenen Rückwidigung der im Umlauf befindlichen fünfprozentigen Prioritäts-Obligationen der Oberschlesischen Eisenbahn (Emission von 1869) ihre Zustimmung ertheilt hat, ländigen wir hierdurch zur Rückzahlung des Nominalwertes

zum 1. Januar 1880

in Gemäßheit des §. 4 des Allerhöchsten Privilegii vom 7. Juli 1869 (Gef.-S. 1869, pag. 950 u. f.) die auf Grund dieses Privilegii emittierten fünfprozentigen Prioritäts-Obligationen der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft (Emission von 1869).

Die Zahlung der Baluta erfolgt gegen Auszahlung der Obligationen und der dazu gehörigen nicht fälligen Zinscoupons vor dem vorbezeichneten Termine ab täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage

1. in Breslau bei unserer Haupt-Kasse Vormittags von 9 bis 12 Uhr,

2. in Berlin bei der Direction der Diskonto-Gesellschaft,

bei der Bank für Handel und Industrie

und bei dem Bancaze S. Bleichröder,

3. in Gr. Glogau bei der Commandite des Schlesischen Handvereins,

4. in Dresden bei der Filiale der Leipziger Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt,

5. in Leipzig bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt,

6. in Hamburg bei der Norddeutschen Bank,

7. in Köln bei dem Bancaze Sal. Oppenheim jun. & Comp.,

8. in Frankfurt a. M. bei dem Bancaze M. A. von Rothschild & Söhne,

9. in Darmstadt bei der Bank für Handel und Industrie,

10. in Stuttgart bei dem Bancaze Pfaum & Comp. und

11. in Stettin bei dem Bancaze Wm. Schlutow.

Mit dem vorbezeichneten Rückzahlungstermine hört die Verjüngung der betreffenden Obligationen auf.

Für fehlende Coupons, welche erst nach dem Rückzahlungstermine fällig werden, wird der Betrag deselben von dem Kapital der Obligation in Abzug gebracht.

Das von uns mit dem Emissionsgeschäft betraute Finanz-Consortium ist verpflichtet, die fünfprozentigen Prioritäts-Obligationen, Emission von 1869, gegen Auszahlung neuer 4½-prozentigen Prioritäts-Obligationen, Emission von 1879, al pari innerhalb einer Frist von sechs Wochen umzutauschen.

Demgemäß offeriert das Consortium hierdurch denjenigen Inhabern der fünfprozentigen Prioritäts-Obligationen, Emission von 1869, welche hieron Gebrauch machen wollen, den Umtausch dieser Obligationen mit laufenden Coupons über die Binsen vom 1. Juli 1879 ab und Talons gegen 4½-prozentige Prioritäts-Obligationen der Oberschlesischen Eisenbahn, Emission von 1879, in gleich hohem Nominalbetrage mit laufenden Zinscoupons von denselben Binstermine ab und Talons. Der Umtausch findet bei den oben bezeichneten Emissionsstellen statt.

Die Zinsdifferenz der Coupons pro II. Semester 1879 mit ½ Prozent wird den Inhabern der umzutauschenden fünfprozentigen Obligationen von den Zahlstellen haat ausgezahlt.

Die Frist für den Umtausch beginnt mit dem 14. Juli und läuft ab mit dem 25. August 1879.

Mit den umzutauschenden Obligationen sind deren noch nicht fällig gewordene Zins-Coupons und Talons abzuliefern; der Verhölbetrag fehlender Coupons ist haat zu erzeigen.

Bei Präsentation der vom 1. Januar 1880 ab einzulösenden, bzw. vom 14. Juli bis einschließlich 25. August 1879 umzutauschenden 5prozentigen Obligationen, Emission von 1869, ist gleichzeitig ein Verzeichni vorzulegen, welches die Nummern der Obligationen nach Points und arithmetisch geordnet, sowie die Unterschrift des Präsentanten nebst Wohnort desselben und Datum enthält.

Soweit die anzugebenden 4½-prozentigen Prioritäts-Obligationen, Emission von 1879, nicht rechtzeitig ausgefertigt werden sollen, werden an deren Stelle von der Königlichen Direction der Oberschlesischen Eisenbahn ausgestellte Interimscheine verabfolgt, deren Umtausch gegen die definitiven Dokumente kostenfrei bei den oben bezeichneten Emissionsstellen laut näherer Bekanntmachung statthaben wird.

Breslau, den 24. Juni 1879.

(1882-34) Königliche Direction der Oberschlesischen Eisenbahn.

Die an jedem Wochentag Abends erscheinende

"Chemnitzer Zeitung"

(Organ der reichstreuen und freisinnigen Bevölkerung von Chemnitz und Umgegend)

mit dem Sonntagsblatt "Nach der Arbeit"

labet hierdurch zum Abonnement auf das am 1. Juli beginnende III. Quartal höchstens ein. Der vierteljährliche Bezugspreis durch jede Postankunft beträgt Mark 2.50. (Butragen 40 Pf.) Eingerogen in den Postzeitungspreis für 1879 unter Nr. 882.

Die "Chemnitzer Zeitung" findet nicht nur in Chemnitz und in Sachsen, sondern auch außerhalb unseres engeren Vaterlandes im deutschen Reihe große Verbreitung. Sie ist die einzige größere liberale Zeitung des sächsischen Erzgebirges.

Die "Chemnitzer Zeitung" wird wie bisher so auch ferner fortfahren, in entchieden freisinnigem Geiste und in freimütiger objectiver Weise, unabhängig von alter und jeder Beeinflussung, die Interessen und das Wohl des deutschen Volkes in politischer und sozialer Beziehung wahrzunehmen. Vermöge einer großen Anzahl zuverlässiger Correspondenten in allen größeren Städten Deutschlands und des Auslandes ist die "Chemnitzer Zeitung" in den Stand gesetzt, über alle wichtigen Vor-kommisse auf politischem, sozialem und localem Gebiete ihre Leser schnell und ausführlich zu informiren.

Von besonderem Interesse sind unsere Berliner Correspondenzen, vermöge deren wir die politischen Neuigkeiten früher als alle übrigen Provinzialblätter melden können.

Inserate finden bei der großen Auflage des Blattes in dem industriereichen Sachsen die wirksamste Verbreitung und wird die 1spaltige Corpuseite mit 10 Pfennigen berechnet. Bei großen Annoncen und Wiederholungen bedenkender Rabatt.

(1882) Expedition der Chemnitzer Zeitung.

Alexander Wiede, Chemnitz.

Familien-Märchen.

Berlobt: Dr. Alfred Karl Beck in Reichenbach i. V. mit Fr. Anna Beholdt in Leipzig. — Dr. Dr. med. Adolf Klahre in Werda mit Fr. Hedwig Göldner. — Dr. Kaufmann Paul Martin in Sorau (Niederschlesy) mit Fr. Sidonie Stein in Bittau.

Getraut: Dr. Julius Pickenhahn in Glauchau mit Fr. Hedwig Vogel. — Dr. Emil Spanier in Pilsen mit Fr. Matilde Manasse.

Geboren: Dr. Fr. Augustin in Leipzig eine Tochter. — Dr. Alfred Ganghofer in Köln a. Rh. eine Tochter. — Dr. Wilhelm Martin in Waldmühle bei Wol-

enstein ein Sohn. — Dr. Paul Süß in Freiberg eine Tochter. — Dr. Oswald Thiele in Kirchbach eine Tochter. — Dr. Max Schubert Lehrer in Grimma ein Sohn.

Gestorben: Frau Charlotte verw. Barth in Leipzig. — Dr. Johann Gottlob Funk in Dresden. — Fr. Selma Haase in Leipzig. — Dr. Otto Dager in Dresden. — Dr. Oscar Hausherr in Leipzig. — Frau Agnes Hofeld, geb. Böttiger, in Leipzig. — Dr. Schrittmacher Karl Jahn in Leipzig. — Frau Auguste Emilie Jahn, geb. Rieprath, in Leipzig. — Frau Rosalie Pauline Schulze, geb. Richter, in Bittau. — Frau Friederike Tranchot, geb. Voigt, in Ebersbach.

Sc...
Ex...
p...
w...
Z...
* Ems
gesc...
Den Br...
im Zim...
* Poser
Jahres p...
vom Bo...
verein b...
stätig wo...
* Mad...
unweit v...
gekommen
nienzen ge...
* Par...
Kirche Sa...
verstorbe...
Prinz Jér...
Mathilde,
von Par...
sten Bon...
der Heierli...
fall verlie...
* Aus...
liche Leid...
von Ord...
die Prinze...
* Wien...
tischen Co...
hat sich d...
Börbereitu...
der Jude...
olle. De...
welche sich...
Arbeit un...
* Konf...
im Galois...
zum Galois...
Brüder ve...
troffen. Et...
tern noch...
matisch...
Sultan sei...
geben wer...
* Konf...
meldet ma...
Sultan m...
die absetz...
* Konf...
Neuersche...
wird, hat...
Günsten...
niederzuleg...
bereit, die...
Bisjet...
andern Sc...
besiegen. T...
ator spric...
Dunkerei e...
die jürgän...
selzende To...
masen auf...
wurde für...
Lehrten. Ein...
Erstklässler...
dem Gründ...
Riegau war...
zu seinem...
lich, die B...
dafür gefo...
Iud, zu Ha...
zu sich, seit...
lich, den...
lichen Umf...
auch noch e...
Borschein...
drei Kremp...
Bibliothek...
das allein...
nun, daß d...
gefürchtete...
— In den...
angeschlagen...
Aktionen.
Ehre, eine...
Collegium...
schen Unter...
gewöhnliche...
nur sechs